Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer  Zeitung

№ 317. Sonnabend den 15. November 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 12. November. Die Repräsentanten-Kammer hat nach vorhergegangener heftiger Debatte die Adresse an den König mit 57 gegen 23 Stimmen angenommen.

Paris, 12. Novbr., Nachmittags 5 Uhr. 3 pCt. 55, 80. 5 pCt. 90, 45. Cours vom 11.: 3 pCt. 55, 75. 5 pCt. 90, 45. — Politisches nichts von Bedeutung zu melden.

London, 11. Nov., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 98¼, ⅜. Hamburg 3 Monat-Wechsel, 13 Mrk. 10½ bis ¾ ßl. Wien, 12 fl. 54 bis 56 kr.

Liverpool, 10. November. Baumwolle: 12000 Ballen Umsatz; Preise gegen letzten Freitag ⅛ d. besser.

Modena, 10. Novbr. Doktor Peretti, bereits einmal wegen politischen Vergehens amnestirt, ist wegen hartnäckiger Regierungsfeindlichkeit für immer des Landes verwiesen worden.

Turin, 10. Novbr. Ignaz Colone, Professor der Mathematik an der hiesigen Universität, ist an Tonello's Stelle zum Sektionschef im Unterrichtsministerium ernannt worden. Der Risorgimento dementirt das Gerücht über angeblich zwischen dem Ministerpräsidenten d'Azeglio und dem Grafen v. Cavour ausgebrochene Zwistigkeiten. Laut der Armonia erhielt Prof. Nuytz von mehreren Ministern Besuche, welche ihm in Betreff seiner an die päpstliche Kurie gerichteten Erwiderungsschrift ihre Theilnahme bezeugten. Es wird hier die Gründung einer Versicherungsanstalt gegen Viehfall nach englischem und französischem Muster beabsichtigt.

Livorno, 9. November. Die brittische Korvette Modest ist hier eingelaufen.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 13. November. Der Antrag der Wahlgesetzkommission veranlaßte eine heftige Debatte. Die zweite Lesung des Wahlgesetz-Entwurfs wird mit 355 gegen 348 Stimmen verworfen.
90, 50. 55, 80.

□ Die preußische Handelspolitik.

Nachdem die preußische Regierung jetzt in der That durch die Absendung des betreffenden Cirkulars an sämmtliche Zollvereins-Regierungen die Kündigung des Zollvereins vollbracht hat, giebt es doch Viele, denen bei diesem Schritte nicht recht geheuerlich zu Muthe ist und die sich der Befürchtung hinzugeben scheinen, daß Preußen, wenn es diese Kündigung auch nur für eine rein formelle ausgiebt, doch damit zugleich die Hand an die Wurzel seiner besten und wirksamsten Schöpfung gelegt habe! Wenn man dabei kein Vertrauen zu der Festigkeit des gegenwärtigen Ministeriums gegenüber den österreichischen Operationen haben will, so dürfte dies durch die große Gespaltenheit, die man bei der preußischen Regierung und ihren handelspolitischen Prinzipien bemerkt, nur allzu gerechtfertigt erscheinen. Der Ministerpräsident Hr. v. Manteuffel hat noch immer freihändlerische Velleitäten, während der Handelsminister Hr. v. d. Heydt bekanntlich dem Schutzzoll-System geneigt und dabei der von Oesterreich angestrebten allgemeinen Handelseinigung sich gern so rasch als möglich hingeben möchte. Die preußische Handelspolitik ist in der letzten Zeit vornehmlich von dem Einfluß dieser beiden Minister bestimmt und getragen worden, wodurch sie freilich oft den Anschein gewann, als wenn sie zu gleicher Zeit nach zwei verschiedenen Seiten hin gezogen und von innerlich entgegenwirkenden Richtungen gekreuzt würde. Während das Ministerium Manteuffel, außer seinem Minister-Präsidenten, der die Politik des Kabinets macht, eigentlich nur noch aus Ressortministern besteht, die, dem Prinzip der konstitutionellen Minister-Verantwortlichkeit sehr entgegen, nur in den Angelegenheiten ihres Departements arbeiten und sich lediglich für dasselbe als verantwortlich anzusehen scheinen: so kann der Handelsminister heutzutage unmöglich zu einer so isolirten Auffassung seiner Geschäfte sich bequemen. Wie die Handelsfragen jetzt nur noch an der Hand der allgemeinen Politik gelöst werden können, so muß auch die Regierungspolitik, wenn sie nicht zuletzt in ganz abstrakten Formen wirthschaften will, über ihre handelspolitischen Grundsätze so fest verständigt sein, daß sie keiner zweideutigen Auffassung ihres Handelns mehr unterliegen kann. Man muß es der österreichischen Politik zugestehen, daß sie in dieser Hinsicht durchaus einen einheitlichen Ausgangspunkt genommen und festgehalten, und sich darum eben mit dieser vielbewunderten Konsequenz ihren Zielen entgegenbewegt hat. Die österreichische Regierung scheint zwar neuerdings schwankend darüber geworden zu sein, ob die Einführung ihres neuen Tarifs auch schon unmittelbar die Handelseinigung mit Deutschland zur Folge haben werde, und es sieht fast so aus, als wenn sie sich klar darüber geworden sei, daß in dieser Beziehung ihr und ihren Vorschlägen noch ein starkes Mißtrauen bei den deutschen Regierungen und Völkern gegenüberstehe. Die einstweilige Zurückhaltung des neuen Tarifs, der, obwohl mit der kaiserlichen Sanktion versehen, doch noch hinsichtlich der Zeit und Art seine Einführung im Ungewissen bleibt, scheint nur eine abermalige Zögerung in den Entschlüssen der österreichischen Regierung zu bekunden. Die österreichische Ministerialpresse versichert uns zwar neuerdings, daß an einer schleunigen Einführung der neuen Zollreform nicht mehr zu zweifeln sei, nachdem die Bestimmungen über den Termin dieser Einführung dem Ministerpräsidenten und dem Handelsminister übertragen worden. So viel man weiß, findet zwar zwischen dem Fürsten Schwarzenberg und dem Hrn. v. Baumgartner ein bei weitem einheitlicheres und verständigteres Zusammenwirken auf dem handelspolitischen Gebiet statt, als man dies von dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Handelsminister anzuführen vermag. Aber, wie schon bemerkt wurde, die österreichische Regierung dürfte nicht mehr so fest daran glauben, daß ihre Zollreform zugleich die sichere und unabweisbare Basis der handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland und Italien abgeben werde. Sie würde denselben sonst unfehlbar in einem Moment haben hervortreten lassen, wo man auf die handelspolitischen Ergebnisse in Frankfurt allseitig gespannt war und schon eine entscheidende Bedeutung für die materiellen Interessen des deutschen Bundes darin erblicken wollte. Die Lage der Dinge ist jetzt auf allen Seiten eine ganz provisorische geworden, wovon Oesterreich schon in den letzten Jahren so viel Vortheil, als Preußen Nachtheil erhalten hat. Oesterreich bleibt einstweilen in der Position stehen, daß es auf die bevorstehenden Unterhandlungen über die deutsche Handelsfrage nach wie vor hinweist und dabei seine eigene Stellung als den Mittelpunkt aller Festsetzungen mehr und mehr vorschiebt. Inzwischen macht Preußen mit dem Zollverein tabula rasa, und bringt denselben zuvörderst in eine Desorganisation, um aus den aufgelösten Elementen die neue Reorganisation des Vereins zu gewinnen. Die preußische Regierung betrachtet bei diesem Neubau des Zollvereins, mit dem sie sich freilich schon längst beschäftigte, den preußisch-hannoverschen Handelsvertrag vom 7. September als den eigentlichen Kern und Ansatz des neu zu bildenden Vereins. Ein Hinblick auf den sterbenden König von Hannover will Vielen auch diese Voraussetzung nur als eine Illusion erscheinen lassen. Denn wenn, wie man hier glaubt, mit dem hannoverschen Thronfolger auch die ritterschaftliche Partei dort ans Staatsruder gelangen sollte, so würde der Vertrag vom 7. September schwerlich seinen weitern Bestand finden können. Wir dürfen freilich nicht mit einem hypochondrischen Wenn und Aber fechten, aber den Wunsch wollen wir nicht zurückhalten, daß bei der Auflösung des Zollvereins zum Behuf seiner Neugestaltung nicht am Ende Oesterreich allein den einzig praktischen Vortheil davontrage!

Breslau, 14. November. [Zur Situation.] Die D. P. A. Z. unterrichtet uns heut über die den Kammern zu machenden Vorlagen in Betreff der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung. Der Grundsatz der „ständischen Gliederung" ist darin aufrecht erhalten und man geht darin, um die Rechtskontinuität zu wahren, von der Ansicht aus, „daß auch die Bestimmung erfüllt werden müsse, die Stände des Gesetzes von dem Jahre 1820 u. f. über eintretende Veränderungen in der Provinzialverfassung zu hören."

Auch das C. B. beharrt bei seinen frühern Mittheilungen über die hier in Rede stehende Angelegenheit, namentlich daß man von der Ansicht ausgehe, daß der Beirath der Provinzialstände einzuholen gewesen sei. Demnach würden die Provinzialstände künftig wieder in Kraft treten müssen, was nothwendigerweise nur durch eine dahin gehende Abänderung der Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung geschehen könne!

Dagegen bestreitet das C. B., daß von der Regierung eine Modifikation des Wahlgesetzes proponirt werden würde; vielmehr erwarte man, daß ein darauf bezüglicher Antrag, von vielfachen Petitionen unterstützt, aus dem Schooße der Kammern selbst hervorgehen werde.

Die N. Pr. Z. giebt Hoffnung, daß wegen der projektirten doppelten Belastung der Zeitungspresse, worüber gestern das C. B. sich des Breiteren ausließ, zuvor die Genehmigung der Kammern eingeholt werden würde, da es sich dabei um Einführung einer neuen Steuer handle.

Die braunschweigsche Staatsregierung hat zu den Seitens der Abgeordneten zu den beiden Gesetzen über Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer und über das Wahlverfahren beschlossenen Abänderungsanträgen ihre Zustimmung gegeben. Nur die Zuziehung der Offiziere zu dem Wahlkollegium der Intelligenz ist bedenklich gefunden und zurückgewiesen worden.

In Bezug auf die Aufhebung der anhaltinischen Verfassung motivirt heut die N. Pr. Z. ihren gestern ausgesprochenen Tadel durch Bestreitung der von der dortigen Staatsregierung beliebten Motivirung ihres Gewaltakts. Die N. Pr. Z. sagt: „Unzweifelhaft hat die Bundesversammlung das Recht, Gesetze und Verfassungen der einzelnen Länder, die mit den allgemein gültigen Bundesgesetzen und den Bundespflichten in Widerspruch stehen, in deren Verhältniß zu sich als nicht vorhanden zu betrachten und zu behandeln, unzweifelhaft hat die Bundesversammlung die legislatorische Befugniß, Gesetze, die nur bundesrechtliche Bedeutung und Geltung haben, selbstständig zu modifiziren und zu beseitigen; keinesfalls aber können wir derselben die Befugniß zugestehen, Bestimmungen, die auf verfassungsmäßigem Wege Theile der Einzelverfassungen geworden, oder gar diese Verfassungen selbst durch einen Machtspruch zu beseitigen, oder auch nur die Regierungen der Einzelstaaten für ihre inneren Verhältnisse von ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen zu entbinden. Die nächste Konsequenz der entgegengesetzten Theorie würde die sein, daß es der Bundesversammlung eines Tages auch beikommen könnte, die preußische Verfassung von Frankfurt aus zu revidiren, eine Konsequenz, gegen die wir uns als gute Preußen auf das Entschiedenste verwahren."

Am schlagendsten charakterisirt die Voß. Ztg. den in Rede stehenden Akt der dessauischen Regierung, indem sie an die sanktionirenden Worte der dortigen Verfassung vom 29. Oktbr. 1848 erinnert, worin es hieß: „Indem Wir die vorstehenden Bestimmungen hiermit als die Staats-Grundverfassung des Herzogthums Anhalt-Dessau feststellen, versichern Wir hierdurch förmlich und feierlich, daß Wir diese Verfassung nicht nur selbst treu und unverbrüchlich halten, sondern dieselbe auch gegen alle Eingriffe und Verletzungen zu schützen und zu erhalten stets bedacht sein werden."

Aus Ungarn bringen wir unten Mittheilungen über die Stellung der Regierung zu den Altkonservativen und interessante Details über Hainau, welcher aus seiner naiven Täuschung über seine Beziehungen zu dem ungarischen Volke sehr unangenehm aufgeschreckt, jetzt, wie es scheint — aus Gewissensbissen, gemüthskrank geworden ist.

Die oben stehende telegraphische Depesche aus Paris scheint auf eine entschieden feindselige Haltung der parlamentarischen Majorität gegen das Elysee schließen zu lassen. Bekanntlich waren zwischen diesem und jener Unterhandlungen gepflogen worden, um eine Verständigung herbeizuführen. Zu dem Ende sollte die Assemblee zwar den von der Regierung eingebrachten Wahlgesetzentwurf nicht annehmen, ihn aber zu zweiter Lesung empfehlen. Dadurch wäre der Eigenliebe der Versammlung genug geschehen und in der Sache doch nachgegeben worden.

Nun aber ist der Antrag unbedingt verworfen und derselbe zur zweiten Lesung gar nicht zugelassen worden.

Ueber die stürmische Sitzung vom 11. berichten wir unten ausführlich; so wie über den, alle Erwartungen übertreffenden glänzenden Empfang Kossuths in Birmingham.

Preußen.

Berlin, 13. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Sekretär Kabisch bei dem Konsistorium der Provinz Brandenburg den Charakter eines Kanzleiraths beizulegen.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 104ter königl. Klassen-Lotterie fiel der erste Hauptgewinn von 150,000 Rtl. auf Nr. 26842 nach Barmen bei Holzschuher; 1 Gewinn von 5000 Rtl. auf Nr. 44609 in Berlin bei Alevin; 34 Gewinne zu 1000 Rtl. auf Nr. 3220. 5766. 8637. 10281. 11204. 11623. 12695. 27053. 31963. 32544. 36398. 36602. 40044. 40544. 44399. 47123. 47422. 48442. 52296. 55075. 56278. 56724. 59342. 60112. 61343. 62106. 65102. 66066. 67606. 72215. 74573. 75319. 77734 und 78614 in Berlin bei Aron jun., 3mal bei Burg, 2mal bei Matzdorff, bei Moser und 6mal bei Seeger; nach Aachen bei Levy, Breslau 2mal bei Schreiber, Bunzlau bei Effmert, Köln 2mal bei Reimbold, Danzig bei Meyer, Düsseldorf bei Spatz, Gumbinnen bei Sterzel, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Borchardt, und 2mal bei Samter, Marienwerder bei Bestvater, Mühlhausen bei Blachstein, Neisse bei Jäckel, Posen bei Pulvermacher, Ratibor bei Samoje, Stettin bei Wilsnach und nach Wesel bei Westermann; 43 Gewinne zu 500 Rtl. auf Nr. 868. 8845. 10322. 17644. 18411. 19728. 21845. 24652. 26834. 27656. 28262. 29693. 30066. 30081. 31847. 32554. 32959. 33638. 39987. 42924. 44370. 47128. 50183. 52260. 57353. 58570. 59836. 62204. 62527. 64994. 68102. 68717. 69191. 69210. 69421. 69441. 69639. 69677. 71077. 71538. 72249. 72592 und 72928 in Berlin 2mal bei Alevin, bei Borchardt, 3mal bei Matzdorff, 2mal bei Mendheim, bei Moser, bei Rosendorn, und 2mal bei Seeger, nach Barmen bei Holzschuher, Breslau bei Froböß, bei Scheche und 2mal bei Schreiber, Köln bei Reimbold, Danzig bei Meyer und 3mal bei Rotzoll, Düsseldorf 2mal bei Spatz, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Königsberg in Pr. bei Borchardt und bei Samter, Liegnitz bei Schwarz, Magdeburg bei Roch, Marienwerder bei Bestvater, Merseburg bei Kieselbach, Minden 3mal bei Stern, Prenzlau bei Herz, Siegen bei Hees, Stettin bei Schwolow und 2mal bei Wilsnach, Stralsund bei Claussen, Thorn bei Krupinski und nach Wittenberg bei Haberland; 61 Gewinne zu 200 Rtl. auf Nr. 578. 4337. 5495. 5897. 6404. 6620. 7029. 7651. 8707. 10424. 12212. 12739. 13623. 13704. 14022. 14099. 15376. 15524. 15704. 16957. 17212. 17536. 20886. 20938. 25035. 29752. 30776. 30835. 31926. 34785. 38346. 39764. 41308. 42168. 43474. 43920. 47661. 50805. 52822. 54076. 55229. 56238. 56494. 56649. 59800. 61009. 62012. 63197. 65229. 67939. 69177. 69969. 70818. 71073. 73318. 73537. 74435. 78033. 78259. 78454 und 79039.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Herrmann zu Lippe-Detmold, von Nauen. Der General-Major und Inspekteur der 1sten Artillerie-Inspektion, Leo, von Glogau. — Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 10. Division, von Winning, nach Posen.

≃ **Berlin,** 13. Nov. [Gemeinsame Turnübungen. — Die schleswigschen Zollverhältnisse.] Seit mehreren Monaten war bekanntlich in der ausgedehntesten Weise gegen die in fast allen größeren Städten der Monarchie bestehenden Turn-Vereine von den Polizei-Behörden eingeschritten, meistentheils dieselben gradezu geschlossen worden, weil man sie wie politische Vereine betrachtete, und ihre Verbindung unter einander deshalb nach dem Vereinsgesetz als ungesetzlich erachtete. Fast in demselben Augenblicke, wo man in dieser Weise die gemeinsamen Leibesübungen verhinderte, eröffnete man hier in Berlin für das Militär eine Central-Turnanstalt, um geeignete Lehrer für alle Truppentheile darin auszubilden und so also die Turnübungen in ausgedehnterer Weise beim Militär überall einzuführen. Es lag in diesen gleichzeitigen Handlungen ein eigenthümlicher Widerspruch. Man bemüht sich, denselben gegenwärtig auszugleichen, denn, wie wir hören, weist ein Reskript des Ministers des Innern die betreffenden Verwaltungs-Behörden überall an, die gemeinsamen Turnübungen wiederum zu gestatten, nur soll es verboten bleiben, daß sich die Theilnehmer daran zu geschlossenen Vereinen auf Grund besonderer Statuten konstituiren; derartigen Vereinen soll für die Folge stets die Genehmigung versagt werden.

Wir erwähnten bereits, daß der hier eingegangenen Nachrichten zufolge eine Aenderung des bisherigen dänischen Verhaltens gegenüber den Zollverhältnissen in Schleswig bevorstehe. Uns wird zur Ergänzung der bisherigen Mittheilungen heute noch Folgendes hinzugefügt: Gleich Anfangs beim Beginne ihrer Wirksamkeit hatten die beiden Bundeskommissare gegen die Gesetzmäßigkeit der dänischen Verordnung vom 28. August 1850, welche die seit ewigen Zeiten bestehende Zollverbindung zwischen Schleswig und Holstein aufgehoben, und das dänische Zollsystem, welches niemals in den Herzogthümern gegolten, im Herzogthum Schleswig und auf der Insel Fehmern eingeführt hatte, Remonstrationen erhoben; das dänische Gouvernement hatte aber diese Einsprachen als völlig unbegründet zurückgewiesen, weil den Kommissären ein Recht, sich in die schleswigschen Verhältnisse zu mischen, nicht zustehe. Im Verlaufe der Zeit stellten sich jedoch so nachtheilige Folgen der erwähnten Verordnung auf die schleswig'schen Verkehrs-Verhältnisse heraus, daß das dänische Gouvernement plötzlich eine ganz veränderte Haltung einnahm. Es kam freiwillig auf jene Remonstrationen der Bundeskommissäre zurück, und zeigte sich geneigt, in den Verkehrs-Verhältnissen der Herzogthümer untereinander wesentliche Erleichterungen eintreten zu lassen, indem es die hierbei bewiesene Nachgiebigkeit als ein besonderes Zugeständniß wollte erscheinen lassen, während im Grunde dabei die Rücksicht auf den eigenen materiellen Vortheil, nämlich die aus den Zöllen entspringenden Einnahmen, allein maßgebend war. Welche Motive aber auch immer zu Grunde liegen mochten, man hatte keinen Grund, die Anerbietungen des dänischen Gouvernements zurückzuweisen, und so wird denn den getroffenen Vereinbarungen zufolge mit dem Beginne des nächsten Jahres zwar nicht eine völlige Wiederaufhebung der Verordnung vom 28. August vor. Jahres eintreten, jedoch so bedeutende Erleichterungen stattfinden, daß eine neue Belebung des gegenwärtig gewaltsam unterbrochenen Verkehrs der Herzogthümer unter einander zu erwarten steht.

Wir haben es bisher vermieden, von hier aus das Gewirre von Mittheilungen, die im bunten Durcheinander täglich von Frankfurt aus über die Pläne und Absichten der Bundesversammlung in Umlauf gesetzt werden, durch Aufzeichnung der zahlreichen Notizen, die man beim Einsammeln politischer Nachrichten fortwährend über Bundesverhältnisse erhält, noch zu vermehren. Heute erhalten wir aber eine Mittheilung in Beziehung auf die vielbesprochene Flotten-Angelegenheit, die uns geeignet scheint, die widersprechenden Nachrichten darüber etwas zu lichten, und die wir deshalb aufzeichnen. Den drei Sachverständigen, vor die diese Frage einberufen waren, lagen nämlich drei Fragen zur Beantwortung vor: 1) welche Größe die deutsche Flotte haben müsse, um ihrem Zwecke zu entsprechen; 2) wie ihre Einrichtung beschaffen sein müsse, und welche Rücksichten bei ihrer Bildung in dem adriatischen Meere und in der Ostsee vorhandenen Geschwader zu nehmen sein würden, und 3) welche Mittel auf die erste Einrichtung der Flotte und die zu deren Erhaltung nöthigen Anstalten zu verwenden seien. Ueber jeden dieser drei Punkte ist ein ausführliches Votum abgegeben, das im Allgemeinen dahin geht, daß der gegenwärtige Bestand der deutschen Flotte bereits groß genug sei, um selbstständig auch ohne eine Vereinignng mit den sonstigen österreichischen oder preußischen Schiffen abgesondert fortbestehen zu können, daß dies um so mehr wünschenswerth und auch möglich sei, als sich die deutschen Nordseestaaten zu deren Forterhaltung bereit erklärt hätten, und daß endlich diese Forterhaltung auch nothwendig erscheine, weil sich eine Beschützung der gemeinsamen deutschen maritimen Handelsinteressen immer mehr als dringend erforderlich herausstelle. Man fügt uns hinzu, daß denn diesem neuesten Gutachten zufolge auch wohl die Entscheidung der Bundesversammlung ausfallen und die Anfänge der deutschen Flotte wohl wirklich werden forterhalten werden.

Die hiesige Postkonferenz beschäftigte sich in einer Plenar-Sitzung, die sie heute hielt, mit der Aufstellung gemeinsamer Grundsätze für das Zeitungs-Speditionswesen. Ein Gutachten, ob es angemessen sein werde, den Zeitungsstempel, dessen Wiedereinführung man beabsichtigt, zugleich mit den Speditions-Gebühren zu erheben, bleibt noch vorbehalten.

Berlin, 13. November. [Erklärung des Ministerialraths Dr. Hock in Frankfurt.] Die N. Pr. Z. schreibt: Das „Frankfurter Journal" bringt seit einigen Tagen sehr heftige Artikel über unsere Beurtheilung der Handelssachverständigen-Konferenzen in Frankfurt. Wir werden Gelegenheit finden, auf den materiellen Inhalt zurückzukommen, wollen nur heute eine unserer Behauptungen näher konstatiren. „Noch seltsamer," schreibt das Journal Nr. 268, „erscheint es, wenn die N. Pr. Z. sich schreiben läßt, daß überhaupt nur drei Sitzungen gehalten worden seien. Die Sachverständigen haben, wie uns aus guter Quelle bekannt ist, häufige und lange Sitzungen gehalten und ihre Aufgabe erledigt, so weit es an ihnen lag." Zu dem Ausdrucke „häufige und lange Sitzungen" bemerken wir, daß nach Ausweis des gedruckten Protokolls über die Berathungen der Kommission der Sachverständigen am 16., 20. und 21. Oktober 1851 zu Frankfurt Sitzungen gehalten wurden — eine Aufzählung, die wir mit drei Sitzungen nach wie vor bezeichnen müssen. Wir fügen hieran gleich die

nachträgliche Erklärung des kaiserl. österreichischen Bevollmächtigten, Ministerialraths Dr. Hock, über die handelspolitischen Konferenzen. Das wohlgeneigte, eigenthümlich mit „Ich“ durchschossene Dokument lautet wie folgt:

„Die von der technischen Kommission vorgeschlagenen Abänderungen erscheinen mir fast durchaus so zweckgemäß, daß ich ihnen meine Zustimmung nicht versagen könnte. Durch dieselben wird der wesentliche Inhalt der in Dresden entworfenen Uebereinkunft und deren Beilagen nicht berührt, und nur im Einzelnen dergestalt schärfer bestimmt und klarer gefaßt, daß neue Motive für die allseitige Annahme jener Vertragsentwürfe gewonnen worden sind. Wohl hätte ich gewünscht, daß manche von der Mehrheit der Kommission abgelehnten Abänderungsanträge einzelner Regierungen größere Berücksichtigung gefunden hätten; allein ich kann nicht verkennen, daß in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlung, wo die Gesinnungen mehrer deutscher Regierungen, betreffs der Annahme oder Nichtannahme der Dresdener Entwürfe und deren Einzelnheiten, unbekannt sind, und wo namentlich Preußen, dessen Entschlüsse durch seine Stellung im Bunde und im Zollvereine, seine geographische Lage und seine erleuchtete Verwaltung für viele andere Bundesstaaten bestimmend sein dürften, dann Mecklenburg und Braunschweig, die in Dresden sich eher gegen als für die Entwürfe ausgesprochen haben, mit den durch den Bundesbeschluß vom 9. Aug. d. J. abgeforderten Erklärungen im Rückstande sind, jede tief greifende Aenderung von ungewissem Erfolge und der allgemeinen Annahme der Entwürfe eher hindernd als förderlich gewesen wäre. Aus diesen Gründen und da den Entschließungen der kaiserlichen Regierung durch dieses mein Gutachten nicht vorgegriffen ist, so glaube ich dasselbe ehrerbietigst dahin erstatten zu sollen, daß das Ergebniß der Berathungen der technischen Kommission unaufgehalten seiner weitern Bestimmung zugeführt werden möge.

Frankfurt a. M., 31. Oktober 1851. Hock.“

Berlin, 13. Nov. [Zur Tages-Chronik.] Die Minister v. Manteuffel, v. Westphalen, v. Bodelschwingh und v. d. Heydt besichtigten heute Vormittag das neu erbaute Sitzungslokal der ersten Kammer in der Leipziger Straße. Der Bau, obgleich die Witterung ihm nicht günstig war, wird doch bis zum 27. d. Mts. so weit vorgeschritten sein, daß das Lokal sogleich beim Beginn der Sitzungen benutzt werden kann.

Der zum geheimen Legations- und vortragenden Rathe im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannte Kammergerichtsrath v. Bülow wird am 15. d. M. in dies Ministerium eingeführt werden. — Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 10. Division, v. Winning, ist nach Posen abgereist. — Der königl. großbritannische Kapitän und Kabinets-Kourier Wright ist von Wien und der königl. großbritannische Gouvernements-Kommissarius Patrick Cornpbell Johnston von Lissabon angekommen. — Der General-Major und Inspekteur der 1. Artillerie-Inspektion Leo, ist von Glogau hier eingetroffen.

Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat eine Circular-Verfügung, betreffend die Anwendung der §§ 95 und 101 des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850, erlassen.

Die gestrige Mittheilung des „C. B.“ (in Betreff der projektirten doppelten Belastung der Zeitungs-Presse) ist entschieden falsch. Das Sachverhältniß im Weitern ist Folgendes: Schon im vergangenen Jahre hatte der Finanzminister v. Rabe eine Vorlage bereit, nach welcher der Zeitungsstempel wieder eingeführt werden sollte. Die Vorlage gelangte damals jedoch nicht an die Kammern. Jetzt ist dieselbe, da beabsichtigt wird, die Steuer zugleich mit den Speditionsgebühren zu erheben, Behufs näherer Ermittelungen dem Postkongresse zur Begutachtung vorgelegt worden. Selbstredend kann der zur Zeit hier versammelte Postkongreß keinen Beschluß fassen über eine Maßregel, die, weil sie eine Steuer betrifft, nur vom Finanzminister den Kammern vorzulegen ist. (N. Pr. Z.)

Der hier eingetroffene Erbprinz von Hohenzollern-Sigmaringen wird alsbald als Sekonde-Lieutenant in das erste Garde-Regiment zu Fuß eintreten.

Privatnachrichten aus Kopenhagen zu Folge drohen dem erst kürzlich konstituirten dänischen Kabinet innere Differenzen, die leicht eine abermalige Ministerkrisis und das Ausscheiden mehrerer Kabinets-Mitglieder zu Wege bringen könnten.

Auch das in Bonn garnisonirende 8. Ulanen-Regiment ist beordert, das preuß. Kontingent des bei Frankfurt aufzustellenden Bundeskorps zu verstärken und wird demnächst dahin abmarschiren.

Der heutige Geburtstag Ihrer Maj. der Königin wurde in der Elisabetschule und in anderen Anstalten, für die sich die Königin interessirt, festlich begangen.

Wie man hört, steht den Gesetzen über die Rechte und Pflichten der Mäkler eine Umgestaltung bevor. Die bis jetzt bestehenden Vorschriften, zum großen Theil noch der Gesetzgebung des vorigen Jahrhunderts entstammend, entsprechen den Bedürfnissen des entwickelten Handels- und Verkehrslebens, wie man sich überzeugt hat, nicht mehr.

Seit dem Bestehen der im vorigen Jahre errichteten Rentenbanken findet zum ersten Male am künftigen Dienstag eine öffentliche Verloosung koursirender Rentenbriefe statt. Die von dem Provinzial-Landtage für die Mark Brandenburg gewählten Abgeordneten, die zur Kontrolirung des Verfahrens bei der Verloosung beauftragt sind, werden der letzteren beiwohnen. (C. B.)

Berlin, 13. Novbr. [Parlamentarische Vorlagen.] Die D.-P.-A.-Z. erfährt „aus guter Quelle“, wie sie sagt, einiges Genauere über die bevorstehenden Vorlagen an die Kammern rücksichtlich der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung. Die offiziöse Notiz, die durchweg die Kammern nahezu als das fünfte Rad am ständischen Staatswagen behandelt, enthält im Wesentlichen Folgendes:

„Der Grundsatz ständischer Gliederung ist Basis, doch ist das Projekt verlassen, je drei der früheren Kreise in einen zu verschmelzen und auf diese Weise die Zahl der Abgeordneten für die Provinzialversammlungen um zwei Drittel zu verringern. Man geht ferner von der Ansicht aus, daß um die Rechtskontinuität zu wahren, auch die Bestimmung erfüllt werden müsse, die Stände des Gesetzes von dem Jahre 1820 und ff. über eintretende Veränderungen in der Provinzialverfassung zu hören. Endlich will man den Provinzialversammlungen die nähern Bestimmungen in der Gemeindeordnung überlassen. Man will demnach den Kammern zunächst in Betreff der Gemeinde-Angelegenheiten in den sechs östlichen Provinzen nur allgemeine Normen vorlegen, nach denen die besondern Verhältnisse von den Provinzialversammlungen zu regeln sind. Die Rheinprovinz so wie die Provinz Westfalen sollen in ihren Institutionen belassen werden. Es würde demnach der Rheinprovinz die Gemeindeordnung vom Jahr 1850, eventuell die vom Jahre 1845, der Provinz Westfalen die Landgemeindeordnung vom Jahre 1841, mit denjenigen Modifikationen bewilligt werden, welche die betreffenden Provinzialversammlungen mit Rücksicht auf die veränderten Staatsverhältnisse für nothwendig erachten. Aus diesem Grunde ist der Hr. Oberpräsident v. Düesburg zur Zeit hier anwesend, um bezüglich der Verhältnisse in Westfalen sein Gutachten abzugeben und die betreffende Vorlage an das Staatsministerium vorzubereiten. Später soll auch ein höherer Provinzialbeamter der Rheinprovinz berufen werden, um in gemeinschaftlichen Konferenzen die für diese Provinz maßgebenden Bestimmungen zu entwerfen. Daß auch in der Kreisordnung das ständische Prinzip zum Grunde gelegt werden wird, ist unzweifelhaft; darüber aber scheinen die Ansichten von einander abzuweichen, ob die Gutachten der interimistischen Provinzialversammlungen bereits als der in der früheren Gesetzgebung vorgeschriebene Beirath der Stände anzusehen, oder ob die auf Grund dieser Gutachten ausgearbeiteten Entwürfe ihnen nochmals vorzulegen sein möchten. Die Provinzialvertretung der östlichen Provinzen soll analog den westlichen gebildet werden. Es stellte sich als unbequem und nicht überall als durchführbar heraus, die Zahl der Wahlbezirke um zwei Drittel zu verringern. Dies wäre anderseits mißlich gewesen, da althistorische Verhältnisse bei den jetzt bestehenden maßgebend gewesen sind, und diese hätten verlassen werden müssen. Aus diesem Grunde hat man es vorgezogen, die Zahl der Abgeordneten zu den Provinzialversammlungen im Allgemeinen zu lassen, und diese zu gleichen Theilen auf die drei Stände zu vertheilen. Wo in den östlichen Provinzen sich dabei ein Rest ergiebt, wie z. B. in der Mark Brandenburg, welche 70 Abgeordnete zählt, wird derselbe von den Rittern abgezogen, in den westlichen Provinzen von den Vertretern der städtischen und ländlichen Gemeinden. Da die Zusammensetzung der Provinzialversammlung nicht Gegenstand der Berathung der jüngst versammelten Provinzialstände gewesen ist, so ist unzweifelhaft, daß dieser Entwurf ihnen zur Begutachtung noch einmal vorgelegt werden muß, wenn man von dem oben angeführten Rechtsgrundsatz ausgeht. Dies schließt selbstredend die Berathung des Entwurfs durch die Kammern aus. Es wird diesen indeß die Kenntnißnahme desselben nicht vorenthalten werden, um dem Mißtrauen zu begegnen, als ob es auf einen Angriff gegen die Verfassung abgesehen sei. In wie weit diese Grundsätze und Grundzüge maßgebend sein werden für die schließlichen Entwürfe und Vorlagen, muß natürlich abgewartet werden. Die im Vorstehenden angegebenen sind diejenigen, von welchen man im Ministerium des Innern ausgeht und die der Berathung und Feststellung im Staatsministerium und später der Genehmigung des Königs unterbreitet werden sollen. Bis jetzt sind sie an das erstere nicht gelangt.“

(C. B.) Es ist noch nicht lange her, daß wir der allgemein verbreiteten Ansicht, daß das Staatsministerium einen Entwurf zu einem neuen Wahlgesetze ausgearbeitet habe, gegenüber traten. Obschon man damals vielfach diese Behauptung wiederholte, wurde es doch nach und nach stiller davon. — Je mehr sich nun der Eröffnungstermin der Kammern nähert, möchte auch auf diese Angelegenheit zurückzukommen sein. — So viel uns nun bekannt wird, hat die Regierung Veranlassung zu einer Vorlage nicht genommen. Es möchte vielmehr die Initiative den Kammern selbst überlassen bleiben und zwar sollen sich eine Anzahl von Abgeordneten beider Kammern, welche der Rechten angehören, zu der Ausarbeitung eines bezüglichen Antrags vereinigt haben. — Die Einbringung des resp. Antrags wird mit der gleichzeitigen Uebergabe einer Anzahl ihn unterstützender Petitionen erfolgen. Die letztern sind bereits vorbereitet und zirkuliren in mehreren Provinzen.

Aeußern Anzeichen nach dürften die sich von der entschiedenen Rechten entfernenden Herren, die Hrn. v. Bethmann-Hollweg folgen, gesonderte Kammerfraktionen nicht bilden, sich vielmehr den bestehenden Mittelfraktionen, in der zweiten Kammer also der v. Bodelschwingh-Geppertschen Fraktion anschließen.

Duisburg, 8. Nov. [Folgende Erklärung des Herrn v. Bethmann-Hollweg] theilen die „Rheinische“ und „Düsseld. Ztg.“ mit. Wir sind im Stande, das Mißverständniß, welches sich über die Stellung des Herrn v. Bethmann-Hollweg zur rheinischen Gemeindeordnung erhoben hat, auf authentische Weise zu heben. In einem Briefe desselben, der heute hier eingetroffen ist, heißt es wörtlich:

Ueber die von manchen Seiten erhobenen Bedenken kann ich genügende Auskunft geben. — Ich bin allerdings der Ansicht, daß die Gemeindeordnung vom 11. März 1850 in den beiden westlichen Provinzen und in den Städten der östlichen fortbestehen müsse, weil sie deren Verhältnissen in der Hauptsache entspricht, und eine abermalige Veränderung derselben Verwirrung hervorbringen müßte. Die Aeußerungen meiner Denkschrift gegen auf die ländlichen Gemeinden der sechs östlichen Provinzen, auf welche nach dem Zeugnisse der unbefangensten Kenner jener Provinzen das Gesetz durchaus nicht paßt, also umwälzend wirken würde. Noch ein zweites Mißverständniß hat mein Schriftchen hervorgerufen, wie ich aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ sehe; nämlich als billige ich die Rückkehr der ständischen Verfassung von 1823! Dies ist durchaus nicht meine Meinung. Das Uebergewicht der Ritterschaft in jener Verfassung und manches andere darin halte ich für unrichtig. Unter ständischen Gliederung verstehe ich nur die Anerkennung der eigenthümlichen Stellung einer jeden Klasse der Unterthanen, insoweit sie wirklich Bedeutung und Werth für den Staat hat, wozu freilich in der Rheinprovinz viel weniger Anlaß ist als in den östlichen.

Köln, 11. November. [Freilassung. — Untersuchung.] Die gestern verhafteten drei Mitglieder des ehemaligen Arbeiter-Bildungs-Vereins, Lützenkirchen, Zimmermann und Hasselsweiler, wurden heute, nachdem sie auf dem Polizei-Büreau und vom Instruktionsrichter verhört worden, wieder auf freien Fuß gesetzt. Ueber die eigentlichen Ursachen der Verhaftungen verlautet noch sehr wenig; wenn man meint, der sonntägige Besuch, welcher dem Grabe des Dr. Gottschalk galt, oder die Hoffnungen auf Entdeckungen, hänge mit der Sache zusammen, so sind das nur Vermuthungen. — Der Zugführer Schmitz von der rheinischen Eisenbahn ist von der hiesigen Rathskammer freigesprochen worden; ob seine Angelegenheit vor den Anklage-Senat kommt, ist noch nicht bekannt; ein gutes Zeichen aber ist es für ihn, wenn es sich bestätigt, daß er einstimmig in jener Instanz außer Verfolgung gesetzt wurde.

12. November. Die Untersuchung gegen Dr. Becker, Dr. Daniels, Dr. Klein, H. Bürgers, Nothjung, Reif, Röser und Otto, ist nunmehr, sicherem Vernehmen nach, geschlossen und soll bereits die Rathskammer passirt haben. Ueber die Entscheidung der letzteren ist natürlich zur Zeit nichts Zuverlässiges bekannt; doch verlautet, daß Verweisungen vor die Assisen stattgefunden haben, so wie daß Oppositionen der Staatsbehörde gegen einige (muthmaßlich außer Verfolgung setzende) Beschlüsse der Rathskammer nicht unwahrscheinlich erfolgt seien. Näheres und Bestimmteres dürfte sehr bald bekannt werden. (Düsseld. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 11. Nov. [Verhaftungen.] Die gestern Nachmittags erfolgte Verhaftung des Schriftstellers Dr. German Mäurer erregt im Kreise seiner literarischen Freunde lebhafte Theilnahme. Der Verhaftete wurde in das schon seit längerer Zeit als Untersuchungs-Arrestlokal benutzte Zuchthausgebäude abgeführt, welches übrigens geräumige, gesunde Zimmer hat. Da Dr. Mäurer naturalisirter Franzose ist, so hat der Gesandte der französischen Republik bei unserer freien Stadt, Marquis Tallenay, dessen Gattin seine Vermittelung bei der hiesigen Staatsbehörde zugesagt. — Es haben in den jüngsten Tagen hier mehrere Verhaftungen auf auswärtige Requisitionen stattgefunden. (Köln. Z.)

Die A. Z. giebt eine theilweise schon bekannte Nachricht in folgender Fassung: „In der Bundestagssitzung vom 7. wurden vom handelspolitischen Ausschuß die Arbeiten der Kommission der einberufenen Sachverständigen der Bundesversammlung vorgelegt, welche beschloß, den deutschen Bundesregierungen dieselben mitzutheilen und sie zu Erklärungen über das Resultat jener Kommissions-Verhandlungen aufzufordern. Es ist dabei eine Frist von vier Wochen gesetzt worden.“

Nürnberg, 11. Nov. [Haussuchungen und Verhaftungen] sind jetzt stehendes Thema unserer Blätter geworden, doch sind sie meist ohne jedes Resultat, man müßte denn die Beschlagnahme eines sächsischen Blattes, des „Freimüthigen“ dafür ansehen. — Einen Glasergesellen verhaftete man, wie es heißt, in Folge von Papieren, die bei dem gleichfalls verhafteten Arbeiter Faasen vorgefunden worden sein sollen.

Freiburg, 9. Nov. [Verhaftung.] Heute wurde hier der durch seine Schrift über Caspar Hauser und sein Herumtreiben in den verschiedenen politischen Klubbs in Paris, London ꝛc. bekannte Professor Joseph Garnier verhaftet. Die Beschlagnahme seiner Papiere hat eine reiche Ausbeute sowohl über sein eigenes politisches Treiben, als das Anderer geliefert. Er wird nach Rastatt abgeliefert, und soll mehrmonatliche Kasemattenhaft zu erwarten haben. (Mannh. J.)

Karlsruhe, 10. Nov. Durch Erlaß des hohen Kriegsministeriums ist dem großh. Armeekorps von heute an die Ablegung der deutschen Kokarde von den Helmen anbefohlen worden.

Stuttgart, 10. Novbr. [Verschiedenes.] Die allgemein geäußerte Ansicht, schreibt man der „A. Z.“, daß es bei dem jetzt versammelten Landtage zu einer Verfassungsrevision nicht kommen werde, da bei den zu sehr widerstreitenden Elemen-

ken und den weit auseinandergehenden Ansichten unter den Ständen auf die verfassungsmäßige Mehrheit von zwei Dritteln nirgends zu rechnen wäre, scheint auch bei der Regierung Platz zu greifen. Darauf deutet der Umstand hin, daß man sich bei den einschlägigen Ministerien ernstlich mit der Frage beschäftigt, wie ein Entgegenkommen gegen die langjährigen Wünsche und Reklamationen der katholischen Kirche am besten auch ohne die Verfassungsrevision in provisorischer Weise zu bewerkstelligen sei. Ein Entwurf hierüber soll bereits in Ausarbeitung begriffen sein. — Die „Ulm. Z." schreibt, daß in dem Laboratorium der Festung beider Ufer seit einiger Zeit eine außerordentliche Thätigkeit bemerkt werde und daß die Armirung nicht minder ihren raschen Gang gehe.

In Oberschwaben trug man das Gerücht um, Fürst Waldburg-Zeil gedenke nach Amerika auszuwandern und er erhielt in letzter Zeit vielfache Anfragen solcher, die sich anschließen wollten. Der Fürst erklärt nun die Sache für unwahr und vor der Hand unmöglich. Wenn er sich auch „lieber bei den Hottentotten oder Botokuden häuslich niederlassen möchte, als in Würtemberg leben", so stehen doch Hindernisse im Wege, so lange die „Aristokratie in Würtemberg sich glücklich fühle in dem Vasallen-Verhältnisse zum Throne und in der büreaukratischen Bevormundung ihrer fideikommissarischen Vermögensverhältnisse." (Const. Z.)

Hannover, 12. Novbr. Obwohl Se. Maj. der König die letzten Nächte etwas ruhiger zugebracht haben und nicht leiden, so bleibt doch die Schwäche fortwährend beunruhigend.

Prinz Alexander von Solms, auf telegraphischem Wege berufen, ist so eben hier eingetroffen. (H. Pr.)

Nach der „Kass. Ztg." haben die Beschwerden der calenberg-grubenhagenschen, der hildesheimischen und der bremen und verdenschen Ritterschaften wider die königl. hannoversche Regierung wegen Abänderung der Provinzial-Landschafts-Verfassungen des Königreichs Hannover in einer der letzten Bundestagssitzungen ihre vorläufige Erledigung gefunden. Da diese Beschwerden auf denselben Motiven beruhen, wie die hinsichtlich ihres Gegenstandes von der osnabrücker Ritterschaft und der lüneburger Landschaft eingereichte, über welche die Bundesversammlung bereits Beschluß gefaßt hat, so ist auch derselbe Beschluß hinsichtlich jener für anwendbar erklärt worden, d. h. die königl. hannoversche Regierung ist um Abgabe einer Erklärung darüber, so wie darum zu ersuchen, mit Gesetzen und Verfügungen gegen die resp. Provinzial-Landschafts-Verfassungen vorerst einzuhalten.

Bremen, 11. Nov. [Die Untersuchung gegen den Aeltermann Haase] ist von Seiten des Kriminalgerichts geschlossen und sind die Akten bereits dem Obergerichte zum Spruche übergeben. Man erwartet das Urtheil noch in diesem Jahre. Haase soll fest der Meinung sein, daß man ihn „seiner vielen Dienste wegen" nicht ins Zuchthaus bringen, sondern in dem Untersuchungsgefängniß, wo er alle möglichen Bequemlichkeiten genießt, belassen werde. Er nennt sich selbst nur einen unglücklichen Kaufmann, der Banquerott gemacht habe. Der Nachfolger Haase's in der Rechnungsführung der St. Stephanigemeinde hatte bei Aufstellung der Rechnung nicht ins Reine kommen können und sich von Haase Aufklärung erbeten. Die fehlende Summe war in der Rechnung als „entwendet von Aeltermann Haase" aufgeführt, und soll dieser darüber ganz empört gewesen sein und mit einer Injurienklage gedroht haben. (Z. f. N.)

Braunschweig, 11. Nov. Die herzogliche Landesregierung hat mittelst eines in der heutigen Sitzung der Landesversammlung publizirten Schreibens vom gestrigen Datum, ihre Zustimmung zu den Seitens der Abgeordneten zu den beiden Gesetzen über Zusammensetzung der Abgeordneten-Versammlung und über das Wahlverfahren beschlossenen Aenderungs-Anträgen ausgesprochen. Nur die Zuziehung der Offiziere zu dem Wahlkollegium der Intelligenz ist höchsten Orts bedenklich gefunden und daher zurückgewiesen. (H. Z.)

Hamburg, 13. Nov. Der preußische Kommissär für Holstein, General von Thümen, ist bekanntlich auf längeren Urlaub in Berlin angekommen. Es möchte sich hieraus schließen lassen, daß nunmehr auch in Betreff der Kontingents-Angelegenheit die Verhandlungen mit Dänemark vollständig ruhen. Ueber Zustände und Vorgänge im Schleswigschen erhalten wir wiederholt die bittersten Klagen.

In Kopenhagen sollen neuerdings auch von Seiten des englischen Kabinets Meinungsäußerungen eingetroffen sein, die nach dänischen Blättern „in drohender und anmaßender Sprache von den letzten österreichischen und russischen Noten nicht übertroffen werden". (S. gestr. Bresl. Ztg.) Außerdem soll der „wider alles Recht und alle Verträge in seiner gegenwärtigen Höhe aufrechterhaltene Sundzoll" dem nordamerikanischen Staatssekretär des Aeußern zu den ernsthaftesten Vorstellungen Veranlassung gegeben haben. Die geheimen Sitzungen des Landthings führten zu demselben Resultat wie die des Folkethings. (H. N.)

Oesterreich.

* **Wien,** 13. Nov. [Tagesbericht.] Das Handelsministerium theilte der niederösterr. Gewerbekammer einen Entwurf mit in Bezug auf den Umfang der Gewerbeverleihungen und die Freizügigkeit der verliehenen Gewerbe in Wien, sowie in den zusammengesetzten Gemeinden auf dem Lande. Das Gutachten der Handelskammer lautet: 1) Die Bäcker und Fleischer sollen bei der Ausübung ihres Gewerbes an den Umkreis von 30—40 Häusern oder einer Gasse gebunden, und der Standpunkt der Apotheker und Chirurgen nach dem Bedürfnisse des Publikums behördlich festgesetzt werden. 2) In die zweite Kategorie der Gewerbe, die für einen bestimmten Bezirk verliehen werden sollen, beabsichtigt das Ministerium einzureihen die Trödler, Fragner, Greißler und Viktualienhändler, die Fleischselcher und Fleckfieder, die Kaffeeschänken jeder Art, die Branntweiner und die Schank- und Gastwirthe. Die Handelskammer will jedoch aus dieser Kategorie die Trödler ausgeschieden, dagegen in dieselbe die Rauchfangkehrer und Kanalräumer, die Händler mit vermischten Waaren und Kleinverschleißer einbezogen wissen. 3) In die dritte Kategorie gehören alle übrigen Gewerbe, und diese sollen für die ganze Gemeinde verliehen werden. — Um hier eine angemessene Kontrole über die Ein- und Ausfuhr von Privatwaffen herzustellen, wurde verordnet, daß sich jede Partei beim Passiren der Linie mit dem vorgeschriebenen Waffenpasse über die mitgeführten Waffen ausweise. Reisenden wird diesfalls auf ihrem Paß die Bewilligung zur Führung von Waffen beigefügt. In Beziehung auf den Transport von Aerarialwaffen bleibt es bei der bisherigen Vorschrift, daß sie mit amtlichen Certifikaten gedeckt sein müssen.

FML. Baron Cordon erhält den Titel eines Civil- und Militär-Gouverneurs von Triest und FML. Graf Wimpfen bleibt definitiv Marine-Oberkommandant.

Am 1. d. hat der päpstliche Nuntius Monſ. Viala Prela in seiner Hauskapelle den Publizisten Florencourt und Dr. Maassen gefirmt. Pathen waren die Professoren Führich und Philipps.

Die Professoren-Dekane haben gestern in Folge einer Weisung des Unterrichtsministeriums in den Universitätshörsälen die Studirenden ermahnt, mit Fleiß und Thätigkeit den Wissenschaften sich zu widmen und jede Betheiligung an politischen Parteiumtrieben jeder Art um so mehr zu meiden, da gegen Betretene mit aller Strenge verfahren wird.

△ **Von der ungarischen Grenze,** im November. [Die Altkonservativen. — Baron Haynau.] In aristokratischen Kreisen wird behauptet, daß das Ministerium in der Stille dahin wirke, eine Annäherung zwischen ihm und der altkonservativen Partei zu bewerkstelligen, indeß öffentlich der letzteren von der Regierung der Fehdehandschuh der Herausforderung hingeworfen wird. Der Artikel in der deutschen Volkshalle über die neuen politischen Institutionen Oesterreichs, welcher dem nach Wien berufenen Publicisten Florencourt zugeschrieben wird, der einen Jahresgehalt von 3000 Gulden genießen soll, abgesehen von dem Honorar seiner journalistischen Thätigkeit, läßt eine derartige Bemühung des Ministeriums errathen, indem dem Adel in dem Grade politischer Einfluß verheißen wird, als er sich den jetzigen Rathgebern der Krone anzuschließen geneigt zeigen dürfte. Wir zweifeln jedoch an der Bereitwilligkeit der Aristokratie, wenigstens in Ungarn eine Stütze der gegenwärtigen Regierung zu bilden und sie wird wahrscheinlich vorziehen, das Maß ihres zukünftigen Einflusses auf die politischen Schicksale des Kaiserstaates in eigener Person zu bestimmen, als sich dasselbe von der Hand des Novemberministeriums zumessen zu lassen. Leicht möglich, daß sich das Ministerium zu einem ehrenvollen Frieden mit dem Adel herbeilassen möchte, um die geheime Opposition loszuwerden, die dieser stets gegen dasselbe spinnt, allein die Altkonservativen glauben ihres Sieges gewiß zu sein und sind darum jedem Compromiß abgeneigt; namentlich gegen den Minister Bach sollen die geheimen Anstrengungen des Adels unermüdlich sein und man erwartet nur einen günstigen Moment in den äußeren Staatsverhältnissen, um einen Sturm gegen diesen Staatsmann zu versuchen, dem man seinen revolutionären Ursprung nicht verzeihen kann. — Baron Haynau weilt gegenwärtig in Gräfenberg, wo er krank daniederliegt, und aus Briefen von seiner Hand erhellt eine tiefe Gedrücktheit des Gemüths; der General scheint es jetzo inne geworden zu sein, daß er nur ein weggeworfenes Werkzeug sei und lebt mit dem eigenen Bewußtsein im Unfrieden. Der Tod seiner Gattin in Gratz soll ihn tief erschüttert haben und die Ursache seiner plötzlichen Erkrankung sein; wie man hört, wurde die Baronin Haynau von finstern Träumen beängstiget, die sie bewogen, ihren Gemahl zur Berufung des Pastors zu bewegen, welcher dem Feldherrn dergestalt ins Gewissen geredet haben soll, daß er ganz zerknirscht war. Die heftigen Beängstigungen des Gemüths sollen auch die Ursache des frühen Todes der Baronin Haynau sein, deren Bett nie von den blutigen Gestalten des Hochgerichts von Arad verlassen ward, und General Haynau hat wiederholt erklärt, er habe keine der Schlachtopfer in Ungarn auf dem Gewissen. Wie man hört ist Haynau entschlossen, seine jüngst erworbenen Besitzungen in Ungarn wieder zu verkaufen, weil er inne geworden zu sein scheint, daß seine Berechnung bezüglich der magyarischen Sympathie falsch gewesen; zwar hat das Volk aus der Gegend von Erlau, wo Haynau seine Güter besitzt, sich fortwährend zurückhaltend benommen, allein jüngst zeigte sich die verborgene Stimmung der Leute gegen den greisen Bezwinger Ungarns ziemlich unverhohlen, indem er bei einem Kirchweihfest etwas animirt nach Hause ging, was das Volk kaum bemerkte, als einige Männer diesen Zustand des Generals benutzen wollten, um ihn zu vernichten. Man wußte nämlich, daß er in einem Häuschen seines Gartens zu schlafen pflegte und benützte diesen Umstand, um dort Feuer anzulegen, welches nicht nur das Gartenhäuschen, sondern auch viele Wirthschaftsgebäude verzehrte, in denen die Fechsung der letzten Ernte aufgespeichert war. Allein gerade die Betäubung, auf die seine Todfeinde gerechnet hatten, rettete dem General das Leben, weil sie Ursache war, daß derselbe sich auf den Feldern verirrte und die ganze Nacht hindurch nicht nach Hause kam. Der Schaden, den der Brand verursachte, war sehr empfindlich, weil er das erste Erträgniß der ziemlich theuer erkauften Besitzung verschlingt und überdies die Steuerlast sehr groß ist. Es heißt deshalb, Baron Haynau gedenke die Herrschaft je eher je lieber zu verkaufen und habe in dieser Hinsicht auch bereits angemessene Aufträge ertheilt.

Frankreich.

Paris, 11. Novbr. [Legislative Versammlung.] Dupin führt den Vorsitz. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen Sartin's an den Minister des Innern. Herr Sartin hat das Wort. Minister des Innern, Thorigny erklärt, daß er zwar die Interpellationen des Herrn Sartin für heute angenommen, daß er aber in dem Ministerium nichts über die Sache Sartin's vorgefunden. Er bittet die National-Versammlung einen andern Tag für die Interpellationen festzusetzen. — L. Faucher erklärt aber, da die Angelegenheit unter seiner Administration Statt gefunden, so sei er bereit zu antworten. — Sartin ersucht nun die Nationalversammlung um Aufmerksamkeit, und liest eine geschriebene Rede vor, worin er erzählt, wie er Anfangs des Monats Oktober mit seinen Freunden in Commentry einer Mahlzeit in einem Privathause beigewohnt, als Gendarmen in das Haus brachen und Sartin, der sich diesen Gendarmen widersetzte, von ihnen zurückgestoßen wurde. Da zogen sich die Gendarmen zurück, allein die aufgebrachten Tischgenossen schlugen gewaltthätige Schritte vor. Da sei er (Sartin) hinausgegangen, und auf seine Privilegien als Volksvertreter sich berufend, habe er von den den Eingang des Hauses besetzt haltenden Gendarmen verlangt, herausgelassen zu werden. Allein einer der das Haus besetzt haltenden Gendarmen faßte ihn (Mißbilligung links), aber die Freunde mischten sich in den Streit und befreiten nach längerem Kampf den mißhandelten Volksvertreter. Da rief einer der Gendarmen: „Ha, du Hund von Volksvertreter, du entgehst mir nicht!" Als er (Sartin) nun späterhin seine dieserhalb erhobene Klage bei dem Instruktionsrichter eingereicht, erklärte ihm dieser, daß die Gendarmen nichts als ihre Pflicht gethan hätten, und daß sie ihn auch hätten verhaften sollen. Schließlich fordert der Redner die Nationalversammlung auf, ihr, in einem ihrer Mitglieder verkürztes Recht zu schützen. — Faucher erhebt sich und erklärt, daß im Departement de l'Allier geheime Gesellschaften und politische Zusammenkünfte durch Dekret des Präfekten vom 9. April verboten gewesen. Der Maire von Commentry, als er von der in Rede stehenden Zusammenkunft hörte, schickte Gendarmen, auf daß sie das Haus umstellen, bis er sich selbst hin begeben könne, um die Namen der Betheiligten zu notiren. „Als ich von den Vorgängen in Commentry hörte, verlangte ich Details und dankte hierauf dem Präfekten von Allier für die Dämpfung der Unruhen ohne Blutvergießen. (Links Murren.) Eine Stimme links: „Es wurde Blut vergossen." Faucher verliest nun die Depesche, die er an den Präfekten gerichtet, und die Antwort desselben, welche beweisen soll, daß die Gendarmen in ihrem Rechte wären. Das Bankett, bei dem Sartin war, sei ein politisches. Die Erzählung, welche Faucher verliest, stellt die Dinge so dar, als hätte die Gesellschaft Sartin's aus Verbrechern bestanden. Es geht zwar daraus hervor, daß Sartin's

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 317 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend, den 15. November 1851.

(Fortsetzung)

Eigenschaft als Volksvertreter gänzlich mißachtet worden und daß darüber sich ein Kampf mit den Gendarmen entsponnen, die sich nur vertheidigten. Leon Faucher schließt damit, daß ein Volksvertreter sich nicht über das Gesetz erheben dürfe. Sartin habe den Erlaß des Präfekten verletzt und wäre er nicht, was er ist, man würde ihn verfolgt haben, denn er hat den öffentlichen Frieden gestört. (Links: Zeichen der Unzufriedenheit.) Bac (Legitimist) spricht den Wunsch aus, daß sich das neue Kabinet nicht benehme, wie das alte, von dessen Systeme der vorliegende Fall nur eine Episode sei. Was in Commentry geschehen, geschehe in ganz Frankreich; überall tritt man das Personenrecht mit Füßen und die Oppositions-Repräsentanten waren ein Hauptgegenstand der Verfolgungen während der Prorogation. So wurde P. Duprat von den Gendarmen mißhandelt und so auch der Sprecher in Lyon von der Polizei verfolgt. Der vorige Minister habe dies Alles veranstaltet und die öffentlichen Beamten selbst tadelten die von diesem ehemaligen Minister ertheilten Instruktionen, die nur geeignet wären, aller Orten Reibungen mit der Obrigkeit zu erzeugen! Hierin liege ein Prinzip: nämlich die verletzte Würde eines Volksvertreters. Wenn die Nationalversammlung dies an Einzelnen hingehen läßt, würde es bald Allen so ergehen, denn sie rolle einen Abhang herab, der sie zur Vernichtung ihrer selbst führe. Bac bezeichnet es als einen Vorwand, daß die Regierung die Natur der Versammlungen, welche von den Deputirten der Opposition in ihren Wahlbezirken gehalten werden, verkehrt. Die wahre Macht, der wirkliche Schutz der Versammlung sei ihre eigene Würde, diese sei in Frage gestellt. Man möge seine Unverletzlichkeit wahren. — Minister Thorigny ergreift das Wort und erklärt, daß Leon Faucher die Diskussion nicht geschlossen und daß dieser ein Protokoll in Händen habe, welches nicht aus den Händen des jetzigen Ministeriums des Innern gekommen sei. (Faucher will reden. Sturm von allen Seiten. Zur Ordnung.) Minister Thorigny fährt fort: Er berühre dies nur, damit niemand sage, die Männer der jetzigen Regierung verschanzten sich hinter leere Vorwände. Er bedauert sehr, daß er nicht selbst die Interpellation des Herrn Sartin beantworten konnte; er habe nur zu berichten, wozu die Verhandlungen des Parkets geführt. Die Ergebnisse seien zu bedauern, allein jeder müsse sich Vorwürfe machen. (Zeichen der Ungeduld. Rechts Stimmen: Zur Tagesordnung!) — Thorigny drückt sein Erstaunen über diese Unterbrechung aus, denn man müsse durchaus anerkennen, daß von Seiten des Maires gefehlt worden sei. (Wiederholte Unterbrechungen rechts.) — Präsident Dupin befiehlt Stillschweigen und bemerkt höhnisch: „Wenn ein Minister auf eine Interpellation antwortet, muß man ihn anhören, ob er gut oder schlecht seine Sache macht. (Ausbruch des Unwillens links. Zahlreiche Stimmen links: Zur Ordnung den Präsidenten.) Dupin erklärt, daß er sich nur über die Unter-Beamten erklärt und Niemanden verletzen gewollt. (Ironisches Lachen links.) — Thorigny erklärt, daß er unerschrocken als Minister den graden Weg verfolgen werde, den er sein Leben lang inne gehalten. Er erklärt, wie er glaube, daß auch Sartin gefehlt, und sagt ihm, er hätte sich passiv verhalten sollen, um eine Untersuchung zu verlangen. — Jules Favre: Wenn die Achtung vor dem Gesetze unumstößlich von allen anerkannt werden muß, so müsse aber neben dieser Pflicht auch das Recht gelten, der Gesetzverletzung Widerstand zu leisten. Dann müsse er bemerken, daß, wenn ein Minister sein Portefeuille niederlegt, er nicht die Papiere mitnehmen dürfte, die im Portefeuille enthalten. (Stimmen rechts: Zur Ordnung!) Es existire im Strafgesetzbuch ein Paragraph, welcher Veruntreuung amtlicher Papiere hart bestrafe. — Dupin: Der ehemalige Minister hat erklärt, er habe die Papiere vom Justizminister. — J. Favre erstaunt, daß man das Hausrecht nicht respektirt. Das Gesetz erlaube den Gendarmen nicht, Häuser zu überfallen. Man sage, daß eine Verfügung des Allier-Präfekten sie rechtfertige, dies finde nicht Statt, weil man das flagrant délit nicht beweisen kann, folglich war die Gendarmerie-Invasion illegal, und der Widerstand dagegen legal! (Beifall links; Murren rechts.) Blut sei geflossen, dies habe aber der ehemalige Minister des Innern zu verantworten. (Beifall links; Stimmen rechts: Ein Aufruf zur Revolte!) Wenn man in der Legalität leben wolle, so handle man danach; wolle man aber unter der Herrschaft der rohen Gewalt leben, so sage man es, man würde dann seine Maßregeln zu treffen haben. (Wiederholter Beifall auf der linken Seite.) Minister Daviel nimmt das Wort: „Ich muß gegen die gefährlichen Worte protestiren, die Sie so eben vernommen. (Lärm links.) Kraft des Gesetzes hatte der Präfekt das Recht, Bankette selbst in einem Privathause zu verbieten, und dazu fand jenes Bankett in einem Gasthause Statt; denn Herr Dubouyesse, bei dem es Statt fand, hatte ein Patent für ein Kaffeehaus genommen und zwar rechnete er dabei auf die sozialistischen Arbeiter. (Großer Lärm.) Herr Sartin wohnte dem Festessen zur Einweihung des Kaffeehauses bei und jeder Gast bezahlte sein Couvert. Die Behörde war mithin in ihrem Rechte, die Contravention zu konstatiren. Dabei wurde eine Flinte auf die Gendarmen gerichtet. Eine Flasche flog einem Soldaten an den Kopf; übrigens instruirt die Justiz, und die Wahrheit wird an den Tag kommen. (Beifall rechts.) Man ruft zur Tagesordnung, worauf die Versammlung mit 491 gegen 228 Stimmen einfache Tagesordnung annimmt. — Minister Faucher nimmt das Wort nachträglich, um sich gegen die Beschuldigung zu rechtfertigen, als hätte er ein Dokument zu Privatzwecken entwendet. Er habe blos eine vom Justizminister ihm mitgetheilte Abschrift eines offiziellen Berichtes benutzt. Er habe jenen Maire nicht desavouiren mögen, der eine strenge aber ganz gesetzliche Maßregel getroffen. Es sei falsch, daß er die Präfekten instruirt, gewisse Repräsentanten zu überwachen; denn er habe bloß den Beamten strenge Aufsicht über die Wühlereien empfohlen, die den Bürgerkrieg vorbereiten. Minister Giraud versichert, daß in Betreff allgemeiner Ordnungsfragen, das jetzige Kabinet ganz im Einklang mit dem frühern denke und handle. (Spöttischer Beifall vom Berge.) Herr Daru legt darauf den Bericht der Wahlgesetz-Kommission vor, man ruft: „Lesen Sie! Lesen Sie!" Dies geschieht, es wird im Berichte anerkannt, daß das Gesetz vom 31. Mai ein unvollkommenes sei, dies sei aber kein Motiv es zu verleugnen. Das Prinzip des Domizils bildet eine wesentliche Garantie, und darin müsse sich die Kommission gegen den Antrag erklären, sich dabei vorbehaltend, eventuelle Modifikationen späterhin vorzunehmen, die mit dem Grund-Prinzip des jetzigen Gesetzes vereinbar wären. (Beifall rechts.) Die Debatte wird auf Donnerstag festgestellt.

)(**Paris**, 11. November. [Tagesbericht.] Der Minister Thorigny, welcher im Seine-Departement als Kandidat auftreten will, ist einem Theil der Elysees-Kommission mißliebig, daß der Abend-Moniteur seinen Gesinnungsgenossen empfiehlt, sich der Wahl gänzlich zu enthalten.

In der Initiativ-Kommission erschienen heute die Minister des Innern und des Krieges und sprachen sich höchst ehrfurchtsvoll für die Prärogation der Versammlung aus. Sie erkannten unumwunden an, daß die Verfassung der Versammlung das ausgedehnteste Vertheidigungsrecht überweise: namentlich erklärte der Minister des Kriegs, daß er bereit wäre, die bezüglichen Bestimmungen der Verfassung in den Kasernen neuerdings anschlagen zu lassen, wonach seiner Ansicht nach, der Quästoren-Antrag überflüssig würde.

Wahrscheinlich wird man auf Grund dieser Erklärung die Quästoren ersuchen, ihren Antrag zurückzuziehen. Uebrigens darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Kriegsminister auf die Frage, was die Regierung zur direkten Ernennung eines Generals durch die Versammlung dächte, bemerkte: daß seiner Ueberzeugung nach hierdurch der Disciplin Eintrag geschehen würde.

Großbritannien.

≈ **London**, 11. November. [Installation des Lord Mayors. — Kossuths Empfang in Birmingham.] Von der gestern stattgefundenen Installationsfeier des neuen Lord-Mayor ist höchstens des großen Abendbankettes Erwähnung zu thun. Von den fremden Gesandten war auch nicht ein einziger anwesend und werden darüber verschiedene Kommentare gemacht. Einerseits behauptet man, das diplomatische Corps fühle sich pikirt, daß die City-Korporation sich in der letzten Zeit etwas zu eifrig mit Politik befaßt hatte, andrerseits darf nicht übersehen werden, daß die Gesandten der großen Mächte gegenwärtig nicht in London, zum Theil wie Baron v. Brunnow und Graf Buol-Schauenstein nicht in England sind. Auch Viscount Palmerston fehlte. An seiner Stelle erwiederte Lord J. Russell den üblichen Toast auf die Minister J. M. etwa folgendermaßen, nachdem er einige schmeichelhafte Anspielungen auf das alte City-Institut und dessen bewährt liberale Gesinnungen gemacht hatte: Seiner Meinung nach sei der Hauptzweck der gegenwärtigen englischen Politik die strenge Aufrechthaltung des Friedens (hört!). Es liege keine Veranlassung in den gegenwärtigen Verhältnissen, daß England nur ein Haar breit von jenem Wege, den es bisher eingehalten, abweichen sollte, und dies nicht nur seinetwillen, sondern wegen der Wohlfahrt der ganzen Welt. Nach dem glorreichen Schauspiele der großen Ausstellung hoffe er, werden alle Völker überzeugt sein, daß England selbst für den Fall hin, daß es nicht von wohlwollenden und humanitären Gefühlen beseelt sein sollte, es in seinem eigenen Interesse finden müsse, daß andere Länder prosperiren, daß England in dem Fortschritte fremder Civilisation und fremden Wohlstandes, die Quelle des eigenen Nationalwohlstandes suchen müsse. Während England somit durch sein eigenes Interesse geleitet, den Frieden zu erhalten bemüht sein wird, wird es zugleich darauf bedacht sein, die Beziehungen wechselseitiger Freundschaft und Harmonie nach Kräften zu befestigen. (Cheers.) — Kossuth hatte gestern mit einem Extratrain London um ein viertel nach neun verlassen. Er traf mit Mazzini auf dem Bahnhof zusammen und wechselte mit ihm einen herzhaften Händedruck. Mit Kossuth reisten die Herren Pulszky, Hajnik, T. Smith, Robertson und ein Sekretär. Bis zur Station Coventry war Alles ruhig, aber hier begann der allerunbeschreiblichste Zudrang des Volkes. Viele hingen sich an die Wagen, daß der Train nicht weiter fahren sollte, um einen Blick auf Kossuth werfen zu können. Von da bis Birmingham (5 engl. Meilen) war der Weg zu beiden Seiten mit dichten Volksmassen besetzt, die Cheers brachten und passende Fahnen schwenkten. Der Zug traf nach zwölf Uhr in Birmingham ein. Kossuth fuhr in einem von vier Schimmeln gezogenen Wagen (später zog ihn das Volk) — Vorreiter 50 an der Zahl — die Jokey's in Scharlach, Gold und Sammet — die Gewerke von Birmingham mit ihren Fahnen und berittenen Herolden voraus — auf allen Dächern, Tribunen und an allen Fenstern Kopf an Kopf. „Post" schätzt die versammelte Menschenmenge auf 2—300,000 Köpfe. Birmingham — sagt sie — war immer berühmt wegen seiner Monster-Demonstrationen, aber nie hat ein gekröntes Haupt in irgend einem Theile der Welt eine ähnliche wie Kossuth genossen. Kossuth dankte durch den Mund seines Wirthes, des Parlamentsmitglieds Mc. Geach, für den herzlichen Empfang, für eine Anrede war bei dem Geläute aller Glocken und dem Lärmen der Musik und des Publikums keine Möglichkeit gestattet. Es war weit und breit kein Policeman zu sehen und es ist kein Unglück zu beklagen gewesen, trotzdem eine Mauer unter der Last der darauf stehenden Menschen eingebrechen war. Times wurde wieder an verschiedenen Plätzen unter Verwünschungen verbrannt.

Bei einer gestern in London stattgefundenen Berathung für das große Meeting in Hannover rooms (für übermorgen) wurde beschlossen, den Berichterstattern der Times keine Karten zuzuschicken, weil sie nicht gewissenhaft die Fakta rapportiren.

Belgien.

Brüssel, 10. November. Der heutige Tag brachte nicht weniger als drei Oelblätter auf einmal in unsere politische Fehde. Obenan den neuen Adreß-Entwurf des Senates, aus welchem die Verfassungs-Kommission alle Angriffe weggelassen hat. In einer verbesserten Form erkennt sie die Nothwendigkeit des guten Einverständnisses zwischen den Gewalten und verspricht der Regierung die aufrichtige Mitwirkung der Kammer. Zur selben Stunde begann in der Repräsentantenkammer die Diskussion des Adreß-Entwurfs, und auch hierin zeigten sich Vorzeichen eines annähernden Kompromisses. Die Herren de Theux und Dechamps, zwei ehemalige Minister, erhoben sich, um gegen gewisse Sätze des Aktenstücks, als den Keim des Konfliktes zwischen den beiden Kammern in sich fassend, Verwahrung einzulegen. Die liberale Majorität erklärte, daß diese Sätze nur darum in den Entwurf aufgenommen worden wären, um als Antwort auf die Prätension des Senates, der sich als neuesten Ausschuß des Volkswillens bezeichnet hatte, zu dienen, gab aber das Beispiel der Mäßigung und willigte ein, auf Antrag des Ministers des Innern, die anstößigen Paragraphen auszustreichen. Uebrigens brachte eine beiläufige Diskussion die Erklärung des Ministers, daß die Regierung eine freisinnige, wenn nicht freihändlerische theilweise Revision des Zolltarifs vorbereitet, und daß die Frage über Abschaffung der städtischen Oktroi's bis zu dem Augenblicke vertagt sei, wo man sie durch andere kommunale Einkünfte würde ersetzen können. Es scheint also, daß man sich verständigen, und auf irgend eine Art des Ende des Streites werde herbeigeführt werden, der seit zwei Monaten das Land in Aufregung hält.

Rußland.

Kalisch, 8. Nov. [Eisenbahn. — Kirchliches.] Die Richtung der auf Befehl des Kaisers neu zu erbauenden Eisenbahn zwischen St. Petersburg und Warschau ist bereits ausgesteckt, und man ist gegenwärtig mit den Erdarbeiten beschäftigt. Dem GM. Gerstfeld, welcher als Gehilfe des Generals Kleinmichel in der Wege- und Bautenkommission fungirt, ist die Leitung dieses großen Baues übertragen worden. Da diese Eisenbahn, nicht immer in geradester Richtung laufend, fast noch einmal so lang als die Moskauer werden wird, so dürfte sie bei aller Thätigkeit vor 10 Jahren nicht vollendet sein. Die Erbauung der St. Petersburg-Moskauer Eisenbahn hat 8 Jahre erfordert. Bevor aber die Verbindung von St. Petersburg und Warschau durch eine Eisenbahn nicht gänzlich hergestellt sein wird, ist an eine Fortsetzung der Lowiczer Zweigbahn nach Posen nicht zu denken. — Nach einer zwischen Rußland und dem heiligen Stuhl zu Rom am 15. August 1847 abgeschlossenen und am 27. November desselben Jahres vom Kaiser ratifizirten Uebereinkunft soll den römisch-

katholischen Unterthanen des Kaisers von Rußland der volle Genuß der geistlichen Wohlthaten ihrer Kirche gesichert sein. Schon damals sind behufs der Besetzung der Bisthümer Polens zwischen beiden Höfen Verhandlungen eingeleitet, später jedoch durch die politischen Erschütterungen Roms unterbrochen worden, und die sämmtlichen Bisthümer Polens werden noch immer administrirt, während in Rußland die katholischen bischöflichen Sitze besetzt sind, und in Folge des erwähnten Konkordats sogar die neue Diözese von Cherson errichtet worden ist. Wie man hier erzählt, sollen nun endlich auch die polnischen Bisthümer besetzt werden, und dieser Gegenstand bildet unter vielen anderen eine Aufgabe des gegenwärtig in St. Petersburg weilenden Minister-Staats-Sekretärs Turkull. Die gegenwärtigen Administratoren, welche personae gratae sind, dürften die meiste Aussicht auf den wirklichen Bischofssitz haben. (Const. Bl.)

Osmanisches Reich.

* **Damaskus**, 23. Oktober. [Ein Seitenstück zu der Geschichte des Pater Thomas.] In einem Dorfe des Gebietes von Hasbeya wird ein Muselmann in seiner Wohnung ermordet gefunden. Der Gouverneur Osman Bey läßt durch den Emir Mohamed Selim Untersuchungen anstellen. Der Emir hatte aber kaum diesfällig seine Weisung erhalten, als er fünf griechisch-katholische Priester verhaften ließ und sie durch allerlei Martern zwingen wollte, sich als Theilnehmer an dem begangenen Morde zu bekennen. Sein Ansinnen war jedoch fruchtlos. Die Gefolterten waren zu keinem Geständniß zu bewegen. Der Gouverneur hat den Emir aufgefordert, nach Damaskus zu kommen, um von seinem ungesetzlichen Verfahren Rechenschaft zu geben.

Amerika.

* **London**, 11. November. [Amerikanische Post.] Briefe aus Vera-Cruz vom 9. melden, daß Berichte über den Fortgang der Revolution in den nördlichen Provinzen in der Hauptstadt eingetroffen und sofort 10,000 Mann unter dem Kommando des General Avalajos, der einen kleinen Vortheil über Canales errungen hatte, detaschirt worden sind.

Von Port-au-Prince schreibt man (1. Oktober) folgendes bemerkenswerthe Faktum: der britische und französische Konsul begaben sich am 26. Sept. in Eile nach Gonaizes zum Kaiser, der daselbst mit einer kleinen Truppenzahl verweilte. Die Konsulen hatten eine Flottille von 2 engl. Kriegsdampfern und einer französischen Brigg mit sich genommen, und ihre ausgesprochene Mission lautete dahin, den Kaiser zum Frieden mit den Dominikanern zu zwingen und ihm 48 Stunden Bedenkzeit zu geben. Bestätigt sich diese Nachricht, so kann über den friedlichen Ausgang dieser Streitfrage weiter kein Zweifel sein.

Aus Neuyork ist in Liverpool mit dem Dampfer „Amerika" eine Post bis zum 28. Oktober eingegangen, die jedoch aus Nordamerika selbst keine Nachricht von Bedeutung bringt. Dagegen erhalten wir mit derselben Nachrichten aus Buenos-Ayres vom 5. September, wonach es in der Banda Oriental mit Oribe sehr schlecht steht. Die brasilianischen Truppen und der von Rosas abgefallene General Urquizas haben sich vereinigt, und Oribe soll 6000 Mann und die Bagage und Artillerie einer Division ohne einen Kanonenschuß verloren haben. Oribe, zum Aeußersten gebracht, hat den dort stationirenden französischen Admiral ersucht, die argentinischen Truppen auf seine Schiffe zu nehmen und sie nach Buenos Ayres zu bringen, was aber abgeschlagen wurde, worauf sämmtliche orientalische Truppen desertirten und auch die argentinischen sich ferner zu kämpfen weigerten. Die französischen und englischen Admiräle erklärten gemeinschaftlich, daß sie sich jeder Intervention enthalten würden. In Buenos Ayres herrscht die höchste Aufregung. Rosas versucht in Brasilien einen republikanischen Aufstand zu erregen, um dadurch die Rückkehr der brasilianischen Truppen zu erzwingen.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 14. November. [Feier des Geburtsfestes Ihrer Majestät der Königin.] Gestern veranstaltete zur Feier des Geburtstages J. M. der Königin die konstitutionelle Bürger-Ressource ein „Abendessen in den Familien," woran Herren und Damen Theil nehmen konnten. Den Hintergrund des Festsaales schmückten die von Fahnen und Emblemen des preußischen, wie des breslauer Wappens umgebene Büste Ihrer Majestät, über deren Haupt die Königskrone schwebte. Als Tischaufsatz prangte ein überaus kunstreicher Tempel, worin die Miniaturbüste der Königin sichtbar war, eingeschlossen von den Wappen Preußens, Baierns, Schlesiens und Breslau's, während Fahnen in den entsprechenden Farben von den Zinnen herabwehten. Unaufhörlich drängte sich das Publikum vor Beginn der Tafel, das gelungene Kunstwerk in Augenschein zu nehmen.

Unter den anwesenden Gästen befanden sich die Herren General v. Aschoff, Polizei-Präsident v. Kehler, Bürgermeister Elwanger, Oberstaatsanwalt Fuchs, sowie die meisten Mitglieder des Vorstandes. Hr. Oberpräsident v. Schleinitz, welcher ebenfalls eingeladen war, drückte in einem Anschreiben sein Bedauern aus, daß er sich durch anhaltendes Unwohlsein verhindert sehe, dem schönen Feste beizuwohnen.

Kurz nach 7 Uhr begann das Souper und währte fast 3 volle Stunden, wobei der Kapelle des 19. Regiments die Ausführung der Tischmusik übertragen war.

Den ersten Toast brachte Hr. Direktor Wissowa in folgenden Worten aus:

M. D. u. H. Unter den Worten, welche die letzten Jahre in einen gewissen Verruf gebracht haben, ist das Wort patriarchalisch in Beziehung auf Verfassung und Regierung des Staates, und doch braucht man dasselbe so gern, wenn man den Sinn und Geist einer Familie als einen trefflichen beloben will, als einen solchen, der in der innigen Liebe der Familienglieder zu einander und insbesondere in der Verehrung gegen das Haupt der Familie sich kund giebt. Und doch liegt in den Worten gar nicht eine Hindeutung auf despotische Willkür, vielmehr wird das Haupt der Familie den mündig gewordenen Söhnen ihre Freiheit in ihren Angelegenheiten belassen, wenn es auch den Einfluß festhält, den die achtungsvolle Stellung und die höhere Weisheit bedingt. Und so wollen wir das Wort in unserem Kreise wieder in seine Rechte einsetzen und das Verhältniß des Volks zum Fürsten gern damit bezeichnen, in echt deutscher Weise, da unsere Sprache gerade die schönen Namen Landesvater und Landesmutter vor andern voraus hat. Ein solches Familienfest hat die Wahl des heutigen Tages bestimmt, und ich bin überzeugt, daß weit mehrere aus unserem Vereine, als hier anwesend sind, die Bedeutung des Tages erkennen, daß aber keiner derer, die hier anwesend sind, sie nicht empfindet. Wir feiern heut das Gesurtsfest der hohen Landesmuttter, die Ihrem erhabenen Gemahl wie ein guter Engel in den schlimmen Tagen zur Seite gestanden, die, eine gnädige Helferin der Bedrängten und Nothleidenden, sich stets wahrhaft als Landesmutter bewiesen. Aber wenn es uns auch drängt, diesen unsern Gefühlen am heutigen Tage einen lauten Ausdruck zu geben, so steht doch die Würde des Herrschers so hoch über allen Verhältnissen, daß ich Sie zuerst auffordere, ein Hoch auszubringen Sr. Majestät unserem Könige; hieran schließe sich nun ein Hoch auf Ihre Majestät die Königin, deren Geburtsfest wir heute freudig begehen, ein Hoch auf das ganze königl. Haus.

Die Versammlung erhob sich einmüthig, um freudig in diesen Ruf einzustimmen.

Hierauf nahm Herr Steuersekretär Voigt das Wort, schilderte die Entwickelungsstadien des Frauenherzens und schloß mit einem Hoch in nachstehenden Versen:

„Wir haben der Damen zwar immer gedacht,
So oft wir uns früher in diesem Saale,
Zusammengefundeu beim festlichen Mahle
Nach einer uralten schönen Sitte.
Heut aber, wo sie in unserer Mitte,
Heut werden, wenn wir ein Hoch ihnen bringen,
Ganz anders als früher die Gläser erklingen.

Drum meine Herren die Gläser zur Hand,
Gefüllet bis zum alleräußersten Rand;
Es gilt dem Edelsten, gilt dem Besten,
Gilt dem Schönsten bei allen Festen,
Dem Lieblichsten, was wir um uns schauen,
Es gilt den Jungfrauen und den Frauen!"

Mit stürmischem Applaus nahmen die Männer diese Aufforderung an, und tranken unter dreimaligem Klirren der Gläser auf das Wohl der versammelten Frauen. Herr Oberstaatsanwalt Fuchs erwiderte im Namen der gefeierten Damenwelt, nachdem der Vorsitzende vergebens den Wunsch geäußert, daß eine Dame das Wort ergreifen möchte. An den humoristischen, mit endlosem Beifall aufgenommenen Vortrag des Hr. Fuchs knüpfte Herr General v. Aschoff an und brachte, weil man des Guten nie genug thun könne, dem schönen Geschlechte ein zweites Hoch aus.

So waren die Stunden schnell verstrichen, welche den Freuden der Tafel gewidmet waren. Der Ball nahm seinen Anfang mit der Polonaise, welche durch Herrn General v. Aschoff, den Herrn Bürgermeister und den Herrn Polizeipräsidenten eröffnet ward. Bei der rauschenden Musik der Neunzehner wechselten die Galoppaden und Walzer bis die dritte Morgenstunde herangekommen war, welche dem schönen Feste ein Ende machte.

§ **Breslau**, 14. November. [Die neue städtische Ressource.] Gestern Abend um 6 Uhr fand eine General-Versammlung der Mitglieder der neuen städtischen Ressource in dem kleinen Saale des Liebichs-Garten statt. Der Vorstand hatte dieselbe ausgeschrieben, um einige Punkte der Statuten abzuändern.

Herr Drechslermeister Wolter eröffnete als Präsident nach 7 Uhr die Versammlung, indem er den Zweck der gegenwärtigen Zusammenkunft kurz auseinandersetzte. Der Vorstand habe sich durch den Augenschein in Betreff der Uebelstände unterrichtet, welche durch die Ueberfüllung bei dem letzten Konzert im Wintergarten hervorgerufen worden seien. Er habe deshalb eine General-Versammlung der Mitglieder berufen, um die zweckmäßigste Art und Weise zu berathen, wie diesen Uebelständen abzuhelfen sei, und um durch die Versammlung vielleicht noch in Betreff anderer Uebelstände unterrichtet zu werden, die der Wahrnehmung des Vorstandes entgangen wären. Der Letztere gehe hierbei von dem Grundsatz aus, den Mitgliedern der Gesellschaft den Aufenthalt in den Vergnügungs-Lokalen gleich von vornherein so angenehm als möglich zu machen. Der Vorstand habe sich vielleicht einige kleine Versehen zu Schulden kommen lassen, doch finden solche wohl ihre Entschuldigung in der Raschheit, mit der sich die neue Gesellschaft gebildet, und in dem schnellen und unverhofften Wachsthume derselben. Durch die Erfahrungen bei dem letzten Konzerte im Wintergarten belehrt, habe der Vorstand nach reiflicher Ueberlegung die Ueberzeugung erlangt, daß die Statuten in zwei Hauptpunkten einer Abänderung bedürften. Nämlich, daß jedes Mitglied auf seine Familienkarte nicht 3 sondern nur 2 Familienglieder einführen könne, und dann, daß auch in Bezug auf die Einführung der fremden und einheimischen Gäste eine Beschränkung eintreten müsse. Einem anderen, geringfügigen Uebelstande, der sich bei dem letzten Konzerte noch herausgestellt habe, nämlich daß der Wintergarten zwei Eingänge besitze, sei bereits vorgebeugt worden. — Der Präsident stellte nun die beiden beregten Punkte der Statuten zur Diskussion.

Herr Kaufmann Winkler frägt an: ob die Bestimmungen der Statuten für die Konzerte sowohl für die Winter- als für die Sommer-Konzerte gelten sollten, oder nur für die Winter-Vergnügungen allein?

Es wurde hierauf von dem Vorstande geantwortet: daß der Theil der Statuten, welcher das Reglement für die Konzerte enthält, nur für die Winter-Konzerte berechnet sei.

Herr Hauptlehrer Thiel stellte hierauf den Antrag: daß man zunächst darüber Beschluß fassen möge: wie viele Mitglieder überhaupt aufgenommen werden sollten? Hieraus würde sich die Einnahme berechnen lassen; so wie die Mitgliederzahl auch zugleich die Norm abgebe, wie viele Familienglieder eingeführt werden könnten, und wie es mit der Einführung von Gästen gehalten werden solle.

Herr Pfefferküchler Hipauf findet es für zweckmäßiger, wenn zuerst die §§ 6 u. 9 einer Revision und eventuellen Abänderung unterzogen würden.

Herr Thiel entgegnet: es sei zunächst die Hauptaufgabe, die Kosten zu decken, und deshalb die Bestimmung der Mitgliederzahl das Nothwendigste, da es für alle andere Anordnungen die Norm gebe.

Herr Kaufmann Hetzold wünscht, man möge sich zunächst über die Begriffe „Familienoberhaupt" und „Familienglieder" verständigen, und sie feststellen, da aus der verschiedenen Auffassung derselben eben die beregten Uebelstände sich entwickelt hätten.

Herr Polizeirath Werner findet es am zweckmäßigsten, wenn über zwei Punkte zunächst die Entscheidung getroffen würde. Nämlich über den Schlußsatz des § 9, welcher von der Einführung von weiteren 3 Familiengliedern handele, und dann über die Mitgliederzahl. Hieraus würde sich dann von selbst ergeben, wie viele Familienglieder ein Mitglied der Gesellschaft einführen dürfe. Entscheide sich die Gesellschaft dafür, die höchste Zahl der Mitglieder auf 1200 festzustellen, so könne es wohl bei der bisherigen Bestimmung bleiben, daß jedes Mitglied 3 Familienglieder einführen dürfe. Dann handele es sich allerdings um die Feststellung der Begriffe „Familienhaupt" und „Familienglieder". Die Gesellschaft könne ihrerseits nur den als Familienhaupt betrachten, welcher nominelles Mitglied des Vereins sei, als Familienglieder aber solche, welche zum Hausstande gehörten und mit dem Familienhaupt zusammenwohnten. Unverheirathete könnten demgemäß eigentlich keine Familienkarten erhalten. Endlich hält der Redner dafür, daß es zweckmäßig sei, wenn Einheimische gar nicht, Auswärtige nur einmal eingeführt werden dürften.

Herr Kaufmann Patzky wünscht, daß die Bestimmung aufgenommen würde, daß Kinder unter 10 Jahren nicht in die (Winter-) Konzerte mitgebracht werden dürften; dann würde auch das beengende Mitbringen von Kindermädchen selbstredend wegfallen.

Ueber sämmtliche angeregte Punkte entspann sich nun eine sehr lebendige und ausführliche Debatte. Endlich schritt man zur Abstimmung, und zwar zunächst über die Frage: welches soll die höchste Zahl der Mitglieder sein?

Die Versammlung entschied mit großer Majorität: daß die Anzahl von 1200 nicht überschritten werden dürfe.

Die nächste Frage war: darf jedes Mitglied 3 oder nur 2 Familienglieder auf die Familienkarte einführen?

Die Versammlung entschied: Jedes Mitglied darf auf die Familienkarte nur 2 Familienglieder einführen. Als Familienglieder aber sind die nächsten Verwandten anzusehen. Kinder unter 10 Jahren sind von den Winterkonzerten ausgeschlossen.

Ferner wurde die Frage zur Abstimmung gebracht: soll der Schlußsatz des § 9 wegfallen oder beibehalten werden?

Die Versammlung beschloß die Beibehaltung desselben und zwar in der Weise: Jedes Mitglied, welches wegen einer zahlreicheren Familie wünscht, noch weitere 2 Familienglieder einzuführen, kann gegen nochmalige Erlegung des jährlichen Beitrages eine zweite Familienkarte erhalten, auf welche es noch 2 Familienglieder einführen darf. Dies darf aber nur so lange stattfinden, als die Zahl von 1200 Mitgliedern noch nicht voll ist, indem Jeder, der eine solche zweite Familienkarte erhält, gleichsam als ein neu hinzutretendes Mitglied der Gesellschaft betrachtet wird und in der laufenden Nummer fortzählt.

In Bezug auf Einführung von Gästen wurde beschlossen:

In Breslau Einheimische dürfen gar nicht; auswärts Ansässige aber dreimal (während des Winters) eingeführt werden. Die Einführung dieser auswärtigen Gäste muß aber in der Art geschehen, daß das einführende Mitglied den Gast bei dem Eintritt in den Saal einem Vorstands-Mitgliede persönlich präsentirt und den Namen desselben sowie seinen eigenen in das Fremdenbuch verzeichnet.

Es war noch angeregt worden, daß man besondere Mitgliedskarten für Solche, welche nur an den Sommer-Vergnügungen Theil nehmen, nichtsdestoweniger aber den ganzen jährlichen Beitrag zahlen wollten, ausgeben möge. Die großen Räumlichkeiten für die Sommer-Konzerte erlaubten wohl eine bedeutende Vermehrung der Mitgliederzahl für diese Jahreszeit. Der Vorschlag wurde aber aus mehrfachen Gründen bestritten und zuletzt mit großer Majorität verworfen.

Auf Antrag des Herrn Hauptlehrers Thiel erhob sich nun einmüthig die ganze Gesellschaft, um dem Vorstande für seine bisherige mannigfache und große Mühewaltung einen herzlichen Dank zu votiren.

Nachdem eine Kommission für Redaktion der abgeänderten Statuten ernannt, verlas der Protokollführer, Herr Kaufmann Hetzold, das Protokoll, worauf sich die Versammlung nach 9 Uhr trennte. Die nach obigen Angaben und Beschlüssen abgeänderten Statuten unterliegen einer nochmaligen Bewilligung Seitens der betreffenden Behörde, und finden nach Eingang derselben schon für das nächste Montag-Konzert ihre Anwendung.

Breslau, 14. Nov. [Stenographen-Verein.] Am 12. d. M. hielt der Stenographen-Verein unter Vorsitz seines Präsidenten F. Anderssohn Sitzung, die ziemlich stark besucht war. Unter Anderem wies der Kaufmann Zadig jun. in einem wohl motivirten Antrage darauf hin, daß es schmerzlich sei, daß der Stenographie so wenig Aufmerksamkeit zu Theil werde, und es daher die Pflicht der Mitglieder sei, dieser Kunst hier Verbreitung zu verschaffen, was am leichtesten und zweckmäßigsten durch Errichtung eines Instituts zur Erlernung der Stenographie erzielt werden könne. Dies wurde mit ungeheurer Majorität angenommen und das Honorar per Kursus von einem Friedrichsd'or auf 2 Thlr. herabgesetzt, damit Jedem Gelegenheit gegeben wird, die Stenographie zu erlernen. Es wäre deshalb wünschenswerth, daß dieses Institut, das Erste in Deutschland sich einer großen Theilnahme, zu erfreuen hätte, da es zwei tüchtige Lehrer erhält, und unter Aufsicht des Vereins steht.

Breslau, 4. Nov. [Profession von Klosterbrüdern.] Am Feste des hl. Karl Borromäus, dieses liebreichen Vaters der Armen und Kranken, fand im hiesigen Mutterhause der barmherzigen Brüder eine Feierlichkeit statt, die sein Andenken würdig ehrt. Fünf Novizen, Frater Benediktus Seidel aus Breslau, Frater Melchior Fölkel aus Falkenberg, Frater Josephus Kolibius aus Ober-Glogau, Frater Nikolaus Klügel aus Rückerts in der Grafschaft Glaz, und Frater Cajetanus Goretzky aus Peiskretscham legten nämlich nach überstandenem Probejahr die feierlichen Gelübde ab und widmeten sich so für die ganze Zeit ihres Lebens dem Dienst und der Pflege armer Kranken.

(Schles. Kirchbl.)

□ **Ratibor,** 12. Novembrr. [Der hiesige Verein zum Schutze verwahrloster Kinder] hat schon manchen Segen bereitet und gebührt hierfür allen denen aufrichtiger Dank, die durch Beiträge den Verein fördern, insbesondere dem thätigen und von Liebe zum Menschenwohl durchdrungenen Vorstande. In Hinblick hierauf sollte Keiner, der bis jetzt zum Verein beisteuert, seine milde Hand abziehn, ja es sollte vielmehr Jeder, der einige Groschen entbehren kann, diesem Allen zu Gute kommenden Vereine zuwenden. Leider aber droht diesem eine bedeutende Gefahr. Es sind nämlich die in bessere Verwahrung gegebenen Kinder zu sehr mit ihren meist leichtsinnigen Eltern in Berührung und bei aller Vorsicht ist es dann nicht zu vermeiden, daß die Kinder von ihnen zu schlechten Handlungen angehalten werden, theils ziehn sie die Eltern von der Arbeit ab, theils gewöhnen sie sie an Lüge, theils auch reizen sie sie zum Diebstahl. Sind nun zwar solche Beispiele selten, so sind sie doch da und gefährden die Wirksamkeit des Vereins. Es ist aber dem abzuhelfen, wenn in solchen Fällen ein Austausch mit Kindern aus den ähnlichen Instituten in Brieg, Liegnitz und Glaz, wo sicher gleiche Uebelstände sein werden, stattfänden, und die Fahrkosten würden wohl nicht zu entrichten sein, da ja auch die Typhuswaisen umsonst an ihren Bestimmungsort befördert worden. Ein dahin zielender Antrag ist vom hiesigen Verein, wie mir gesagt wurde, an die genannten gerichtet worden, aber ohne Erfolg; es wäre aber zu wünschen, daß des gemeinsamen Zweckes wegen ein solcher Umtausch dennoch ermöglicht werde. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht unerwähnt lassen, daß es überhaupt vortheilhaft wäre, wenn die Vorstände der in Rede stehenden Vereine alle 2 oder 3 Jahre zu einer Konferenz zusammenträten, weil in einer solchen manches Wesentliche und Wichtige, das in den gewöhnlichen Jahresberichten gar nicht oder nur kurz berührt wird, klarer und darum um so nachwirkender besprochen werden kann. Die Kosten zu einer solchen Zusammenkunft, zumal wenn freie Fahrt den Mitgliedern derselben gegeben wird, würden nur unbedeutend sein und gewiß gern getragen werden.

---

* **Oels,** 13. November. [Wahlakt.] Bei der heute durch den königl. geheimen Regierungsrath und Landrath Herrn v. Prittwitz geleiteten Wahl eines Abgeordneten für die zweite Kammer erhielt Stimmenmajorität der königl. Landrath des Wartenberger Kreises, Herr Baron v. Zedlitz und nahm die Wahl an. Schon bei der Vorwahl ließ sich ein derartiges Resultat erwarten. — Eine früher veranlaßte Geld-Sammlung unter den Wahlmännern, in Höhe von 13 Rthlr., wurde der hiesigen Armenkasse zur Verwendung überwiesen.

Notizen aus der Provinz. ** Sagan. Der Violinspieler Hr. Zirpel ist auch hier gewesen. Am 11. d. M. hat er in einer musikalischen Soiree bei der Frau Herzogin von Sagan gespielt. Am 12. d. M. ist er nach Berlin abgereist, wohin ihn eine höchst ehrenvolle Einladung ruft. Von allen Seiten hört man viel Lobenswerthes über das Spiel des Herrn Zirpel. — Die hiesige Handelskammer hat sich ein großes Verdienst um das Publikum erworben, indem sie in einer öffentlichen Anzeige den Zweck und die Geschäfte der hier errichteten Filialbank ausführlich auseinandersetzt. Obgleich vorauszusetzen ist, daß Kaufleute und andere Geschäftsmänner mit dem Wesen der Banken vollkommen vertraut, giebt es dennoch viele Privatleute, die nur deshalb von den durch Errichtung eines solches Institutes gewährten Vortheilen keinen Gebrauch machen, weil sie Unkenntniß daran hindert.

† Lauban. Am 18. d. Mts. feiert der hiesige Bürger und Weber Gottlieb Siegert sein 50jähriges Bürger- und Ehejubiläum. Leider befindet sich der ehrwürdige Jubilar in sehr gedrückten Umständen und auf dem Krankenlager. Ein Menschenfreund fordert zu Unterstützungen auf. Dies wäre wohl ein würdiger Gegenstand, auf welchen die Elisabetvereine ihr Augenmerk richten könnten. — Der hiesige „Anzeiger" fährt fort, eine Schilderung der Stadt Lauban, eine Beschreibung und Darstellung ihrer Mängel und Schönheiten zu entwerfen. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn alle Provinzialblätter, denen es die Kaution erlaubt, dies nachahmten. Es ist ebenso eigenthümlich als tadelnswerth, daß die meisten Blätter eher von allem andern, als von den Angelegenheiten ihrer Stadt sprechen. Und doch sollten ihnen diese zunächst liegen. Stoff zu Besprechungen in dieser Beziehung mag es wohl noch für einige Jahrgänge geben. — Möge es besser werden.

⊙ Görlitz. Am 11. d. M. wurde hier eine wohlthätige Anstalt eröffnet, welche für die Zukunft viel Segensreiches verspricht. Es ist fast ein ähnlicher Verein, wie der lobenswerthe Verein für Beschäftigung der Bettelkinder in Bunzlau. Die hiesige ist eine Kinder-Beschäftigungs-Anstalt, in der vorläufig 50 Kinder untergebracht worden sind, und welche der Seilermeister Engel mit verschiedenen in sein Fach schlagende Arbeiten beschäftigen wird. — In der Nacht vom 9. zum 10. November sind aus dem Gasthause zu Penzighammer mittelst Einbruchs mehrere Hundert Thaler Geld, so wie eine Menge Kostbarkeiten, Kleidungsstücke ꝛc. ꝛc. entwendet worden. Auf Entdeckung des Diebes ist ein Preis von — 10 Rtl. gesetzt. Was müssen Auswärtige von dem Tone, der bei unsern gesellschaftlichen Vergnügungen herrscht, für Vorstellungen erhalten, wenn sie folgende Hauptstellen einer im hiesigen „Anzeiger" publizirten Annonce lesen:

Sonntag: großer Ordens-Tanz mit Schleifen. — Einem geehrten tanzlustigen Publikum zeige ich ganz ergebenst an, daß ich mit der Flügelmusik von Rauschwalde nach Görlitz zu Madame Knitter übergesegelt bin. Da der Weg bis dahin jetzt sehr gut beleuchtet ist, und auch der Saal eine Verbesserung erhalten hat, bin ich überzeugt, daß das Lokal dazu ganz geeignet ist. Lange, Musikdirigent im Saale der Madame Knitter.

In Bezug auf obige Anzeige lade ich auf kommenden Sonntag ganz ergebenst ein. Um es **recht anständig zu erhalten** und um die Kosten zu decken, habe ich, da die Musik sehr billig ist, das Entree für Herren auf 1 Sgr. 6 Pf. festgesetzt, wofür Getränke verabreicht werden. A. verw. Knitter.

† Gleiwitz. Nach amtlichen Berichten ist in den Ortschaften Kieferstädtel, Polsdorf und Eisengießerei bei Gleiwitz die Cholera ausgebrochen. Der Kreis-Landrath hat deshalb angeordnet, daß in den Ortschaften, welche in einem Umkreise von einer Meile von Kieferstädtel und Gleiwitz belegen sind, die Sanitäts-Kommissionen sofort in Wirksamkeit treten. In diesen Ortschaften darf auch, nach Anordnung des Herrn Landraths, von jetzt ab keine Tanzlustbarkeit mehr stattfinden, und in den übrigen Stadt- und Landgemeinden des Kreises sind dieselben soviel als möglich zu beschränken.

□ Schweidnitz. Im hiesigen Kreise darf die Kirmes an keinem Orte früher, als in einer der beiden letzten Wochen des November gefeiert werden. — Leider nehmen mit dem Vorrücken des Herbstes die Diebstähle auf dem Lande überhand. Das hiesige Kreisblatt enthält deshalb eine sehr zweckgemäße Verordnung über die Einrichtung des Dienstes der Nachtwächter auf dem Lande und über eine strenge Revision und Ueberwachung derselben. Wir wünschen dieser Verordnung nichts weiter, als eine gewissenhafte Ausführung.

* Bernstadt. Das hiesige Kirchen-Kollegium hat auf Grund der Konsistorial-Verfügung vom 28. August d. J. nicht nur den Mitgebrauch der hiesigen Begräbnißkirche den Christkatholiken untersagt, sondern auch angeordnet, daß eine Tafel von dem Pfeiler an der Südseite unserer evangelischen Kirche entfernt werde, auf welcher Marmortafel angezeigt wurde, daß hier Kanzel und Altar bei dem am 19. Januar 1846 unter freiem Himmel von Joh. Ronge abgehaltenen ersten Gottesdienste der christkatholischen Gemeinde stand.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

△ **Breslau,** 14. November. [Vorlesungen im Café restaurant.] Dr. Elsner hielt gestern Abend einen Vortrag über den gegenwärtigen Charakter des politischen Zustandes und der Parteien Englands. Es sei eben so sehr ein Vorurtheil, daß sich das englische Staatsleben ohne lang andauernde revolutionäre Kämpfe entwickelt habe, als es ein Vorurtheil sei, die englische Regierungsform eine konstitutionelle in der hergebrachten Bedeutung zu nennen. Zwischen parlamentarischer und konstitutioneller Regierung sei ein großer Unterschied. Königthum und Volksvertretung stehen sich in England nicht so gegenüber, wie es in Frankreich der Fall war. Das Königthum ist ein nothwendiger Faktor, um das Parlament vollständig zu machen. Der Schwerpunkt des staatlichen Lebens fällt so sehr in die Volksvertretung, daß es seit der Vertreibung der Stuarts unmöglich ist, der Krone eine selbstständige Macht zu vindiciren. Ober- und Unterhaus sind nicht allein die gesetzgebende, sie sind auch dadurch, daß die Minister stets Mitglieder des Parlaments sein müssen, die ausführende Behörde. Das Parlament bestraft selbstständig Widersetzlichkeiten gegen seine Befehle, ertheilt die Erlaubniß zum Bau von Chausseen, Eisenbahnen, ist der oberste Gerichtshof, hat allein das Recht, Ehen zu trennen u. s. w. Unter den vielen Widersprüchen, welche sich im Lauf der Zeiten, ohne übrigens dem Staatsleben Eintrag zu thun, aufgehäuft haben, wurde auch die Sonderbarkeit erwähnt, daß noch heute am 29. Mai in den anglikanischen Kirchen Dankgebete für die glückliche Restauration Karls II. auf Befehl des Parlaments verrichtet werden, obgleich die Familie der Stuarts längst vertrieben und

durch das Parlament der Fähigkeit zur Thronbesteigung wieder beraubt worden ist. Seit dem Jahre 1829 macht sich in England ein neuer Faktor, das Volk, geltend, und die anerkanntesten Staatsmänner sind bemüht, den Forderungen desselben entgegenzukommen, freilich nur bis auf einen gewissen Punkt. In Rücksicht auf Englands Beziehungen zu seinen Kolonien und andern auswärtigen Besitzungen bemerkt der Vortragende, daß England, wie einst Rom, wider Willen zu neuen Eroberungen getrieben werde. Es wolle neue Märkte, aber keine neuen Provinzen. Wie unangenehm der englischen Politik der Zwang sei, nebst den Märkten die Provinzen mit in den Kauf zu nehmen, zeige sich in Asien, namentlich aber am Kap. Englands Schicksal sei außerdem, die Civilisation über die barbarische Welt verbreiten zu müssen, eine Aufgabe, deren sich die anglo-sächsische Race vorzüglich gewachsen zeige. Zum Schluß charakterisirte Dr. Elsner die verschiedenen politischen Parteien, als die Hoch-Tories à la Londonderry (Morning Post), die modernen Tories unter dem Grafen Derby und D'Israeli, vorzüglich als Schutzzöllner (Morning Herald und Standard), die Peeliten unter Aberdeen, Graham, Gladstone (Morning Chronicle), die Liberalen unter Hume u. s. w. (Daily News, Express), für Haushalt-Stimmrecht, dreijährige Parlamente, Ballotage u. s. w., die Radikalen unter Fox, Millner, Gibson (Morning Advertiser und Sun); Cobden als Freihändler nebst seinem Anhange schwankend; endlich die beiden Fraktionen der Chartisten, welche allgemeines Stimmrecht, einjähriges Parlament, kurz die sogenannte große Charte verlangen, denen bis jetzt jedoch kein größeres Blatt zu Gebote steht. Die Whigs, deren Leiter das jetzige Ministerium bilden, unterscheiden sich nicht grundsätzlich von den Tories, sind aber wegen ihrer schlauen und zur rechten Zeit nachgebenden Politik bekannt; der Globe ist jetzt ihr Hauptorgan. — Außerdem wurde eine Schilderung von der Art und Weise der Agitationen durch Vorlesungen, Volksversammlungen (Meetings), Diskussion-Klubs u. s. w. gegeben.

⊙ **Breslau**, 14. Novbr. [Theater.] Der gestrigen Vorstellung der Minna v. Barnhelm ging ein zur Doppel-Feier des Tages gedichteter, sinniger und von Frau Ahrens gemüthvoll gesprochener Prolog voraus.

Die Aufführung des treflichen Lessingschen Lustspiels, welches trotz seiner treuen Lokalfärbung und seiner „Zeitgemäßheit" doch für alle Zeiten als Muster scharfer Charakterzeichnung und verständiger Motivirung dienen wird und durch diese seine Vorzüge, wie durch seinen geistvollen Dialog über alle die aberwitzigen Combinationen moderner Dramatik weit hinausragt, ging, ich möchte fast sagen: über Erwarten gut in Scene.

Gab auch das Bild der Minna (Fräulein Schwelle) nicht ganz die festen und klaren Umrisse wieder, mit welchen der Dichter diesen in heiterer Klarheit seiner selbst gewissen Charakter gezeichnet hat, welcher mehr Feuer als Wärme entwickelt; so waren doch die Farben nicht gerade verwischt; fehlte auch viel, daß Fränzchen (Frl. Höfer) das kokette, schnippische und doch gutherzige sächsische Kammerkätzchen zur vollen Erscheinung brachte, so hatte sie doch manche unwiderstehlich wirksame kleinen Nüancen, welche ihr den Beifall sicherten; und war auch die „Dame in Trauer" (Frau Ahrens) ein wenig zu larmoyant, so versteht es doch die treffliche Künstlerin, wirksam zum Herzen zu sprechen.

Noch günstiger aber, als über die Darstellung der Damen-Partien dürfte das Urtheil hinsichtlich der Männerrollen lauten.

Einer der schwierigsten Charaktere für die darstellende Kunst ist der Major Tellheim. Tellheim ist ein abgedankter Offizier, welcher sich mit dem Fiskus wegen seiner Ansprüche an denselben herumzankt und durch Verweigerung derselben eben so sehr an seinen Vermögens-Verhältnissen geschädigt, als an seiner Offiziers-Ehre aufs Empfindlichste gekränkt und dadurch zum Menschenfeind gemacht wird. Das ist schon ein Bild, welches einen sichern Wurf des Künstlers verlangt; aber wie viele, unendlich feine Züge hat er noch hinein zu bringen, um das Portrait zu vollenden! Denn dieser Offizier, von den Verhältnissen gedrückt, in die tiefste Misère versunken, muß allezeit doch liebenswerth bleiben, um nicht das herrliche Mädchen, dem er in überreizter Stimmung entsagt, ohne daß diese seine Entsagung annimmt, wegen ihrer Standhaftigkeit zu kompromittiren.

Eine in dieser Beziehung mangelhafte Darstellung des Tellheim bringt die Heldin des Stücks nicht blos um allen Effekt, sondern läßt sie geradezu unleidlich, weil unweiblich erscheinen.

In dieser Beziehung war aber die Darstellung des Hrn. Hegel vortrefflich. Der trübe Hauch, welchen die unglücklichen Verhältnisse auf ihn geworfen haben, hinderte nicht, die glänzenden Eigenschaften dieses Charakters, dieses reichen Gemüths durchblikken zu lassen und wenn an der Darstellung etwas zu tadeln war, so ließe sich sagen, daß dieser Hauch all zu dünn war, daß das Bild zu viel Licht hatte. Dagegen war Hr. Meyer (Paul Werner) ganz an seinem Platze. Der geschätzte Künstler hat für derartige Charaktere gewissermaßen eine Prädestination und es wird nicht leicht ein Darsteller gefunden werden, welcher den wachtmeisterlichen Humor, diese Mischung von äußerlicher Derbheit und Herzensgüte glücklicher zur Erscheinung zu bringen vermöchte.

Auch Hr. Walliser (Just) war ganz an seinem Platze, welchen seinerseits Hr. Birkbaum (Wirth) besser ausgefüllt haben würde, wenn er nicht zu viel spielte.

Der Marquis Ricaut, welcher episodisch, aber doch so wohlberechtigt in das Lessingsche Zeitgemälde eintritt, fordert einen Darsteller ersten Ranges, wozu Hr. Görner gewiß zu rechnen ist. Nichts desto weniger dürfen wir nicht verhehlen, daß wir an seiner Darstellung die Affabilität vermißten, welche diesem schillernden Charakter nicht fehlen darf, um die sonstige Gemeinheit desselben zu übertünchen und es der verständigen Minna möglich zu machen, mit ihm, wenn auch nur vorgeblich, in Compagnie zu treten.

Das Publikum wohnte der Vorstellung mit sichtlichem Interesse bei und zollte den Darstellern und Darstellerinnen den wohlverdienten Beifall.

× [Der neueste Verlag von Hoffmann und Campe in Oesterreich.] H. Heine's „Romanzero" und sein „Doktor Faust", so wie Armin Werther's Gedichte sind verboten, die zweite Auflage von Max Waldau's „Nach der Natur" ist mit Beschlag belegt worden, und wie es der eben unter der Presse befindlichen Geschichte des österreichischen Hofes von Dr. E. Vehse gehen wird, steht in Frage. Die bereits erfolgten Verbote sind um so auffallender, als keins der davon betroffenen Bücher destruktive oder überhaupt politische Tendenzen zur Schau trägt. —d.

C. B. **Berlin**, 13. Nov. [Kunstnachrichten.] Die hiesige Hofbühne hatte bisher die Vorstandschaft in dem zum Schutz der Bühnen gegen Willkührlichkeiten der Künstler, sowie zur Wahrung der Autorenrechte dramatischer Dichter und Komponisten gestifteten Kartell-Verbande. Herrn v. Küstner, als einem der thätigsten Begründer des Kartells, zugleich dem ältesten und erfahrensten unter allen Leitern der verbündeten Bühnen, war die Vorstandschaft übertragen worden. Sie ging demnächst auch auf seinen Nachfolger in der Leitung der hiesigen Hofbühnen, den Kammerherrn v. Hülsen, über. Hr. v. H. hat jetzt in Anbetracht der Motive, welche die vereinigten Bühnen bestimmt hatten, die Leitung der Kartellangelegenheiten der hiesigen Intendanz unterzuordnen, auf diese Würde verzichten zu wollen erklärt und deren Uebertragung auf Herrn v. Gall, den verdienstvollen Intendanten der Stuttgarter Hofbühne, anempfohlen.

Dem kürzlich aus Berlin verwiesenen Schriftsteller Hopf ist von der Polizeibehörde neuerdings der Aufenthalt in Berlin wieder gestattet worden.

Von Geibels Gedichten wird noch in diesem Jahre die 26. Auflage erscheinen. Der Verleger, der königl. Hofbuchhändler Alexander Duncker, hat dem Verfasser ein kostbares Geschenk übermittelt.

Die Wintersaison verspricht an musikalischen Genüssen unsern Residenzbewohnern nicht wenig. Ein durch neue Kräfte wesentlich verstärktes Opernpersonal verheißt dem Freunde dramatischer Musik viel, vor Allem aber sind wir schon jetzt mit Konzerten sehr reich bedacht. Die Symphonie-Konzerte und Sterns musikalische Soirees werden mit andern wetteifern. — Eine Zuhörerin, die bei den bisher gebotenen Konzerten selten fehlte, ist die in der Künstlerwelt gefeierte Mad. Schröder-Devrient, jetzige Frau v. Bock.

E. Zur Witterungskunde.

Jedermann erinnert sich noch der Muthmaßungen, welche theoretisch und praktisch geübte Meteorologen im Frühjahr über die in diesem Jahre zu erwartende Witterung veröffentlichten, und welche so wenig in Erfüllung gegangen sind, daß fast das gerade Gegentheil eingetroffen ist. Bekannt ist es freilich, daß wir in der Witterungskunde noch kaum das ABC durchgemacht haben, und daß auch alte, aus Erfahrung gezogene Regeln nicht immer zutreffen. Aber so schnurstracks das Gegentheil, wie in diesem Jahre, kommt doch selten vor, und es kann daher nicht ohne Interesse sein, eine Antwort auf die Frage aufzusuchen, „woher das wohl kommen kann?" So sehr ich mich nun dabei der Kürze befleißigen will, so muß ich doch etwas weit ausholen.

Der jedesmalige Zustand der Atmosphäre ist es, der die Witterung hervorbringt. Derselbe ist aber so wechselnd, daß er oftmals in ganz kurzen Zeiträumen schnell und bedeutend ein anderer wird, ja er findet nicht allein der Zeit, sondern auch dem Orte nach statt, so daß die Atmosphäre mitunter auf keine weiten Entfernungen ganz andrer Art ist; ja so weit geht dies, daß sie, was durch die Luftschifffahrt bewiesen worden, in den auf einander ruhenden Luftschichten zuweilen auf 100 Fuß wesentlich wechselt, wie sich an dem Steigen und Fallen der Wärme erkennen läßt. — Die Atmosphäre leitet ihre erste Entstehung aus der Erde ab, und sie wird durch andere hinzukommende Einwirkungen mannigfach verändert. Bei diesen Einwirkungen spielt die Sonne eine Hauptrolle; inwiefern es auch der Mond thue, darüber wird noch gestritten. Das Haupt-Organ in der Atmosphäre ist der Wärmestoff, auf den die Sonne wirkt, und den sie zur sinnlichen Wahrnehmung bringt. In wie weit dies auch noch andere Potenzen thun, das auseinander zu setzen, würde mich hier zu weit führen. Aus dem Innern der Erde bis herauf auf ihre Oberfläche erzeugt und entwickelt sich der Wärmestoff, und er wird durch hinzukommende physische Kräfte gebunden, durch andere aber — und da stehen die Sonnenstrahlen in erster Reihe — frei, und damit für das Gefühl der lebenden Geschöpfe wahrnehmbar. In demselben Maße nun, in welchem dieser Stoff aus der Erde ausströmt, was nicht zu allen Zeiten gleich ist, müßte auch die Atmosphäre wärmer oder kälter werden, wenn nämlich auch die bindenden und lösenden Potenzen stets in gleichem Maße vorhanden oder thätig wären. Daß das aber nicht immer stattfindet, das geht daraus hervor, daß z. B. auch die jedesmalige Stellung der Sonne — ob sie nämlich höher oder niedriger steht — nicht immer einen gleichen Grad von Wärme wahrnehmbar macht, was sie thun müßte, wenn nicht außer ihren Strahlen noch andere Ursachen die Wärme frei machten. So kann es denn kommen, daß aus dem Innern der Erde ungewöhnlich viel Wärmestoff sich nach ihrer Oberfläche drängt, und von dort aus auch in die Atmosphäre übergeht, ohne daß sich in der letztern ein entsprechender Temperaturgrad herstellt, weil vielleicht eins oder mehrere der andern Vehikel (außer den Sonnenstrahlen) zur Freiwerdung der Wärme fehlt. Hierzu kommt aber noch, daß der Wärmestrom in der Erde — der wohl mit den magnetischen und galvanischen Strömen derselben in starkem Rapport steht — unerwartet eine andere Richtung nehmen und den ganzen Gang verändern kann, wodurch denn ein andrer Wärmegrad, mit diesem eine veränderte Temperatur und gleichzeitig andere Erscheinungen in der Atmosphäre entstehen.

Nach diesen gezeichneten Grundlinien gehe ich auf den heurigen Jahrgang über. Im zeitigen Frühjahr (Anfang März) veröffentlichte ein scharfsinniger und gründlich erfahrner Forstmann aus der Mark Brandenburg seine Muthmaßung für die diesjährige Witterung, die so lautete: „daß der Sommer ungewöhnlich heiß und trocken sein würde", und er stützte seinen Ausspruch auf eine Menge Erscheinungen in der Pflanzen- und Thierwelt, die, besonders in der erstern, auf seine Muthmaßung entschieden hindeuteten: denn es zeigte die frühe Entwickelung mehrerer Gebüsche, so wie der massenhafte Ansatz ihrer Saamengefäße ein ungewöhnliches Herandrängen der Erdwärme nach der Oberfläche, und daraus konnte — zumal die Vorgänge früherer Zeiten und Jahre auch dafür sprachen — mit vollem Grunde auf einen zeitigen, sehr warmen und trockenen Sommer geschlossen werden. Und doch ist gerade das Gegentheil erfolgt! Wie läßt sich das erklären? — Die Nachrichten aus dem Süden Europa's, insbesondere aus Unter-Italien und Sicilien, haben uns gesagt, daß dort heftige Erdbeben und Ausbrüche des Aetna's und Vesuv's stattgefunden haben. Ist da der Schluß wohl zu kühn, wenn wir annehmen, daß der Strom der Erdwärme seine Richtung plötzlich geändert habe, und anstatt vertikal, nunmehr horizontal weiter gegangen sein kann? Die unterirdischen Verbindungen, vermittelst deren das möglich ist, gehen, wie frühere Erscheinungen bewiesen haben, durch ganz Europa, wofür ja die beredte Thatsache spricht, daß bei dem heftigen Erdbeben, welches im Jahre 1756 Lissabon verwüstete, der Hekla auf Island außerordentlich unruhig war und heftige Ausbrüche zeigte. Im Vorbeigehen gesagt, läßt es sich aus diesem Ab- und Zuströmen der Erdwärme auch erklären, daß allemal alsdann, wenn die Vulkane besonders thätig sind, abnorme Jahrgänge stattfinden.

Man kann aber auch, ohne der Sache Gewalt anzuthun, aus dem Vorstehenden eine Folgerung für die viele Nässe dieses Jahres ziehen. Das Drängen der Wärme nach der Oberfläche der Erde, wie es sich im zeitigen Frühjahre manifestirte, und wohl auch schon den Winter hindurch stattgefunden haben mochte — wie dessen große Gelindigkeit bewies — hat eine außerordentliche Ausdünstung veranlaßt, und die Atmosphäre dermaßen mit Wasserdünsten angefüllt, daß ungewöhnlich starke Niederschläge erfolgen mußten. Wäre aber nicht ein so plötzlicher Wechsel der Wärmeströmung — vom Vertikalen zum Horizontalen — eingetreten, so würde die Hitze des Sommers die Wasserdünste in Gase zersetzt und das Niederschlagen verhindert haben, so daß anstatt des nassen ein trockenes Jahr hätte erfolgen müssen. Nachwirkungen, gleichsam Reste des Wärmestromes, mögen allerdings zurückgeblieben sein, und aus ihnen ließen sich die einige Male vorkommenden sehr heißen Tage, sowie die den ganzen Sommer hindurch beobachtete ungewöhnlich starke Verdunstung erklären.

Was aber könnte wohl aus dem zeitherigen Gange der Witterung für den bevorstehenden Winter zu muthmaßen sein? — Wenn ich hierauf zu antworten versuche, so verwahre ich mich ausdrücklich dagegen, daß ich das für keine Gewißheit, sondern nur für Muthmaßung ausgebe, folglich mir den zweideutigen Ruhm eines Wetterpropheten höflichst verbitte.

Mehrere Vorzeichen deuten auf einen schneereichen und strengen Winter, dessen eigentliches festes Auftreten aber wohl erst in der letzten Hälfte des Dezembers erfolgen dürfte. Jedoch könnte ein Zwischenfall, wie der im Frühjahr vorgekommene, leicht einen ganz andern Gang herbeiführen. So lange wir keinen Blick thun können in die innere Werkstätte, in welcher die Atmosphäre und mit ihr die Witterung zubereitet wird, so lange bleibt auch unsere Kunde von derselben mangelhaftes Stückwerk.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

[Die gesetzlichen Bestimmungen über die Strafbarkeit des Versuches] haben durch das neue Strafgesetzbuch durchgreifende Veränderungen erlitten. Nach der landrechtlichen Theorie wurde der Versuch einer jeden strafbaren Handlung — vor-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 317 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend, den 15. November 1851.

(Fortsetzung.)

ausgesetzt, daß die Möglichkeit eines bloßen Versuches durch die Natur derselben nicht ausgeschlossen war — bestraft. Andererseits wurden aber auch verschiedene auf das Strafmaaß influirende Grade des Versuches statuirt, die Strafe des Versuches aber durchgängig niedriger als die des vollendeten Verbrechens bestimmt.

Das Strafgesetzbuch hingegen hat den Begriff des strafbaren Versuches viel strenger gefaßt. Nach § 31 desselben ist der Versuch nur dann strafbar, wenn derselbe durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, an den Tag gelegt und nur durch äußere, von dem Willen des Thäters unabhängige Umstände gehindert worden, oder ohne Erfolg geblieben ist.

Der Versuch eines Vergehens wird nach § 33 nur in den Fällen bestraft, in welchen die Gesetze dies ausdrücklich bestimmen. Dagegen wird der Versuch eines Verbrechens sowohl wie eines Vergehens — sofern nämlich der letztere überhaupt mit Strafe bedroht ist — wie das Verbrechen, resp. das Vergehen selbst bestraft.

Es kann nicht fehlen, daß, bevor eine feste Praxis über die Auslegung des § 31 sich gebildet hat, die Ansichten der Gerichte über die Grenzen der Straflosigkeit eines Versuches vielfach differiren, zumal die neue Versuchstheorie mit der den altländischen Gerichten aus ihrer bisherigen Praxis geläufigen Anschauung im Gegensatze steht.

Da die Lehre von dem Versuche eine der wichtigsten Materien des Strafrechtes bildet, so dürfte es vielleicht nicht überflüssig sein, von Zeit zu Zeit Fälle hervorzuheben, in welchen die einschlagenden Fragen praktisch zur Entscheidung kommen, um auf diese Weise einen kleinen Beitrag zur Beförderung der Rechtsgleichheit zu liefern.

Ein nicht uninteressanter Fall dieser Art kam heute vor dem hiesigen Appellationsgerichte zur Entscheidung.

Drei Zeugen hatten in einer Kriminalsache in öffentlicher Sitzung ein Zeugniß abgelegt und sich nach Ablegung desselben und nach geschehener Verwarnung auch bereit erklärt, ihre Aussage zu beeiden. Der Gerichtshof hatte jedoch ihre Vereidung nicht vorgenommen. Noch an demselben Tage hatten die drei Zeugen sich zu dem Staatsanwalte begeben und diesem das Geständniß gemacht, daß ihre Aussage unwahr gewesen und sie dieselbe nur auf Bitten des Angeklagten gemacht hätten. Sie wurden darauf wegen versuchten Meineides zur Untersuchung gezogen und von dem ersten Richter auf Grund des alten Strafrechtes wegen dieses Verbrechens bestraft. Hiergegen appellirten sie. Mittlerweile war das neue Strafgesetzbuch in Kraft getreten.

Seitens der Vertheidigung wurde in dem heut anstehenden Termine zur Entscheidung in appellatorio geltend gemacht, daß in der Erklärung, ein — falsches — Zeugniß durch einen Eid bekräftigen zu wollen, der Versuch des Meineides nicht gefunden werden könne, da nicht das falsche Zeugniß, sondern die Bekräftigung desselben durch einen Eid das mit Strafe bedrohte Verbrechen sei, zu dieser letztern Handlung aber die bloße Erklärung, den Eid leisten zu wollen, noch nicht den Anfang bilde, auch nicht gesagt werden könne, daß die Angeklagten **nur** durch den Beschluß des Gerichtshofes an der Ausführung des Verbrechens verhindert worden seien, da es immer noch in ihrer Macht gestanden habe, aus freien Stücken von der Ableistung des Eides abzustehen.

Der Gerichtshof sprach denn auch die Angeklagten von der Anschuldigung des versuchten Meineides **frei**.

Bei dem — leider so häufigen — Vorkommen des Meineides möchte übrigens die Frage: wann ein strafbarer Versuch des Meineides anzunehmen sei, beziehungsweise, ob die Versuchs-Theorie des Strafgesetzbuches die Annahme eines Meineidsversuches gestattet, eine gründliche Erwägung verdienen, zu welcher wir hiermit angeregt haben wollen.

Die Verfassung und Verwaltung des preußischen Staates, dargestellt von L. v. Rönne, Kammergerichts-Rathe. Siebenter Theil.

Auch unter dem Titel:

Die Gewerbe-Polizei des preußischen Staates. Zwei Bände. 84 Bogen. Breslau, bei G. Ph. Aderholz. 1851. Preis 4 Rthlr. 25 Sgr.

Nach einer mehrjährigen Unterbrechung der Fortsetzung des im Jahre 1840 begonnenen Werkes: „Die Verfassung und Verwaltung des preußischen Staates" ist als dessen siebenter Theil: die Darstellung der Gewerbe-Polizei erschienen. Der Verfasser erklärt in dem Vorworte den gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb für einen geeigneten, weil nach dem Immediatberichte des Staatsministerii vom 7. Febr. 1849 mit einer weiteren Reform der Gewerbe-Gesetzgebung erst dann fortgeschritten werden soll, wenn die Erfahrung gelehrt haben werde, welchen Einfluß die durch die beiden Verordnungen vom 9. Febr. 1849 getroffenen Anordnungen auf die gewerblichen Zustände äußern würden. Wir pflichten dem Verfasser um so mehr hierin bei, als wir der Ansicht sind, daß, ganz abgesehen von dem Einflusse jener Verordnungen, eine organische Reform der Gewerbe-Gesetzgebung in nächster Zeit nicht zu erwarten ist. Denn selbst dem Gewerbestande scheint es klar geworden zu sein, daß auf dem Wege der Gesetzgebung das nicht zu erlangen sei, was das ungestüme Drängen im Jahre 1848 von allen Seiten von ihr forderte: die materielle Verbesserung seiner Lage.

Das vorerwähnte Werk ist aber nicht bloß ein zeitgemäßes, sondern es entspricht auch allen Anforderungen an seinen Inhalt, und beurkundet durch Zweckmäßigkeit der Anordnung, Vollständigkeit und die Art und Weise der Sichtung und Verarbeitung des umfangreichen Materials von Neuem die vielfach bewährte Befähigung des Verfassers für diesen Zweig der literarischen Produktion.

Es enthält eine systematisch geordnete Darstellung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die Gewerbe-Thätigkeit in der engern Bedeutung des Wortes, nämlich die auf Verarbeitung der Rohstoffe gerichtete gewerbliche Thätigkeit, betreffen. Es beschränkt sich indessen nicht bloß auf eine Zusammenstellung aller hierauf bezüglichen, in der Gesetzsammlung, den v. Kamtzschen Annalen und Jahrbüchern, dem Ministerial-Blatte für die innere Verwaltung und dem Centralblatte des Finanzministerii zerstreuten Verordnungen, sondern weist ihre historische Entstehung sowie ihren innern Zusammenhang nach, und gewährt durch Erwähnung der Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes und der Meinung anderer Rechtslehrer über streitige Materien, sowie durch eigene theoretische Erläuterungen jede Erleichterung des Verständnisses, während es anderer Seits durch die Anordnung der Materien, durch ein chronologisches und Sach-Register alle äußern Hilfsmittel für den praktischen Gebrauch bietet, da jede nähere Erörterung auf den Inhalt des Werkes, ja selbst auch nur eine Aufzählung der behandelten Materien weit über die Gränzen des uns für diese kritische Anzeige gewährten Raumes führen würde, so müssen wir uns mit der vorstehenden allgemeinen, aus gewissenhafter Prüfung des Werkes geschöpften, Beurtheilung und mit der Versicherung begnügen, daß nicht nur den Staats- und Kommunal-Beamten sowie den Mitgliedern der Gewerberäthe und Gewerbegerichte in demselben ein unentbehrliches Hilfswerk für ihre Berufsarbeiten in der Verwaltung und Rechtspflege geboten ist, sondern daß dasselbe auch dem Gewerbsmann und Fabrikanten ein zugängliches Verständniß der ganzen gewerblichen Gesetzgebung und deren speziellen Verzweigung eröffnet. ....f.

[Amtliche Verfügungen und Bekanntmachungen.] Der Staatsanzeiger Nr. 118 enthält eine Verfügung des Handelsministerium vom 24. Oktober, worin derselbe die Ober-Post-Direktionen zur Berichterstattung auffordert über die bisherigen Resultate der Reorganisation der Post-Verwaltung und über die bei der praktischen Durchführung derselben gewonnenen Erfahrungen, nicht minder über den jetzigen Zustand des Postwesens und über die daran sich knüpfenden Wünsche und Bedürfnisse;

ferner eine Verfügung desselben vom 1. November, betreffend die Aufnahme und Bestätigung von Nebenverhandlungen mit Postfuhr-Unternehmern.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

** **Breslau,** 14. Novbr. [Produkten-Markt.] Nachdem es heute Nacht etwas gefroren hat, war der Himmel ganz klar, und scheint, als wenn es einige Tage anhalten würde. Unser Getreidemarkt behält fortwährend einen sehr festen Charakter, und wir haben keine Aussicht zu einem Niedriggehen. Fortwährend treffen fremde Käufer ein, die Alles zu den bestehenden Preisen und darüber aus dem Markte nehmen, und wenn diese auch nicht da sind, so kommen die Bestellungen brieflich, wodurch es uns an Abzug niemals fehlt. Oberschlesien sendet uns wenig zu, weil die Preise dort fast dieselben wie hier sind und die österreichischen Gränzbewohner Alles aufkaufen, obgleich ihnen der Cours des Papiergeldes keine gute Rechnung giebt. Schon aus diesem Grunde können wir hier die Preise nicht billiger bekommen, und die Zufuhren auch gar bei uns nicht so bedeutend werden, als es sonst in dieser Jahreszeit zu sein pflegte.

Heute bezahlte man für weißen Weizen 66 bis 74 Sgr., gelben Weizen 65 bis 72 Sgr., Roggen 55 bis 60 Sgr., Gerste 44 bis 48 Sgr., Hafer 26½ bis 28 Sgr. und Erbsen 55 bis 60 Sgr.

Oelsaaten ziemlich angenehm, besonders aber bleibt Raps gefragt; derselbe bedingt 75 bis 80 Sgr. und Sommer-Rübsen 55 bis 62 Sgr.

Mehr zugeführt wird jetzt Leinsaat, wofür die Frage nicht besonders ist; 55 bis 67½ Sgr. würde man nach Qualität anlegen.

Kleesaat wird täglich fester; es werden oft Preise angelegt, die zwar nicht gerechtfertigt sind, allein sobald Aufträge da sind, müssen Käufer sich in den Willen der Inhaber fügen, da jenen keine Auswahl übrig bleibt. Bezahlt wird für weiße Kleesaat 7½ bis 12⅔ Rthlr. und für rothe 10 bis 15 Rthlr., manchmal 15½ Rthlr. Unsere Vorräthe von rother und weißer Saat sind so gering, wie wir solche seit Jahren nicht hatten.

Spiritus geht immer mehr und mehr in die Höhe, die Zufuhren bleiben schwach, da aus der Mark und Pommern nichts mehr zu beziehen ist, daher bei vergrößerter Consumtion die Preise steigen müssen. Heute bezahlte man Kleinigkeiten zu 12 Rthlr., für große Partien wurden vergebens 11⅔ Rthlr. geboten.

Rüböl 10¼ bezahlt.

Zink ohne Geschäft.

Wasserstand.

	Oberpegel.	Unterpegel.
Am 14. Novbr.:	17 Fuß 4 Zoll.	5 Fuß 11 Zoll.

[Der Schreibtelegraph des Mechanikus Hipp in Reutlingen.] In dem neuesten Hefte von Dingler's polytechnischem Journale findet sich eine Mittheilung über die erwähnte Erfindung, die bei der hohen praktischen Bedeutung, welche die Telegraphie heut zu Tage schon erlangt hat, auch für ein größeres Publikum nicht ohne Interesse sein wird. Diese Erfindung beruht auf einem durchaus genialen Gedanken. Herr Hipp hat nämlich einen Schriftzug kombinirt, aus dem mit Ausnahme des x und y alle Buchstaben des kleinen lateinischen Schriftalphabets abgeleitet werden können, indem man einzelne Theile desselben wegläßt. Dieser Schriftzug ist aus e s a (esa) zusammengezogen, er läßt sich ohne abzusetzen ausführen. Ein jeder der Leser wird nach wenigen Versuchen finden, wie daraus die übrigen Buchstaben entstehen.

Der Schreibapparat besteht nunmehr aus einer heberförmig gebogenen Röhre, die auf der einen Seite in einen Dintenbehälter, auf der andern in eine sehr feine Oeffnung ausläuft, aus der die Dinte nur ausfließt, wenn sie mit einem darunter weggehenden Papierstreifen in Berührung gebracht ist. Dieser Papierstreifen ist auf zwei Walzen aufgewickelt, von denen die eine durch ein Gewicht in eine langsame Umdrehung gebracht wird, und wird auf diese Art gleichmäßig langsam unter dem Schreibstift hinbewegt.

Dasselbe Gewicht treibt auch eine Walze, auf der zwei excentrische Scheiben festgekeilt sind. Diese sind derartig geformt, daß sie, durch einen Doppelhebel auf den Schreibstift wirkend, demselben eine Bewegung mittheilen, wodurch eine fortlaufende Reihe der erwähnten Buchstabenkombination auf dem Papier verzeichnet wird.

Der erwähnte Schreibstift ruht auf einer Feder, die ihn von dem Papier abheben würde, wenn sie selbst nicht durch einen starken Elektromagneten angezogen wäre, so lange der galvanische Strom durch die Kupferdrahtspirale desselben zirkulirt. Diese steht mit der ober- oder unterirdischen Drahtleitung in Verbindung.

So wie aber der Strom auf irgend eine Weise unterbrochen wird, wird die Feder frei, der Schreibstift wird abgehoben und beschreibt seine Züge in der Luft, nicht mehr auf dem Papiere. Man begreift leicht, daß durch rechtzeitige Unterbrechung aus dem obigen Schriftzuge die sämmtlichen Buchstaben, gewissermaßen als Schriftreste, entstehen.

Das rechtzeitige Unterbrechen des Stromes wird durch den zeichengebenden Apparat auf sehr einfachem und bequemen Wege erreicht. Man denke sich eine metallne Walze, auf der so viel Scheiben nebeneinander aufgezogen sind, als Buchstaben gegeben werden sollen, also 23, (x und y fallen aus.) Diese Scheiben bestehen ebenfalls aus Metall, aber an ihrem genau abgedrehten Umfange sind Theile herausgeschnitten, und mit einer nichtleitenden Substanz z. B. Elfenbein wieder ausgefüllt. Durch ein Gewicht wird die Walze in eine langsame Umdrehung versetzt, die durch einen eigenthümlichen Regulator höchst gleichmäßig gemacht wird. Sie steht durch ihr Achsenlager mit dem Telegraphendraht in Verbindung. Der zweite Theil des zeichengebenden Apparats besteht aus metallnen Tasten, die in Zahl und Stellung den erwähnten Scheiben entsprechen, und sämmtlich mit dem einen Pole der Batterie in leitende Verbindung gebracht sind. Sie sind zur leichteren Orientirung mit den entsprechenden Buchstaben bezeichnet. Drückt man

nun auf der Station Breslau z. B. den Stift a nieder, so daß er mit der Scheibe a in Berührung kommt, so wird begreiflicher Weise erst in dem Augenblick ein Strom entstehen, wo er auf den metallenen Theil der letzteren a trifft. Dieser Strom pflanzt sich im Nu durch den Leitungsdraht nach Station Berlin fort, und erregt dort den Elektromagneten. Indem dieser die Feder anzieht, senkt sich der Schreibstift auf das Papier nieder und führt dort gerade noch das Ende des Schriftzuges aus, den er in der Luft angefangen hatte.

Man sieht leicht ein, daß bei richtiger Konstruktion der Buchstabenscheiben, alles nur auf das gleichzeitig in Bewegungsetzen der Zeichen- und der Schreibwalze ankommt. Eine einfache Vorrichtung bewirkt dies durch den galvanischen Strom selbst.

Die großen Vortheile dieser genialen Erfindung leuchten ein. Nicht allein, daß durch diesen Telegraphen 120—160 Zeichen in der Minute, und zwar in einer deutlichen Schrift gegeben werden, die unmittelbar an den Empfänger der Depesche abgeliefert werden kann, so ist auch jeder irgend wie gebildete Mann im Stande die Bedienung dieses Telegraphens nach wenigen Stunden Uebung zu übernehmen.

Der im Anfange erwähnten Quelle liegt eine Probe der Schrift bei, die durch den Apparat mit authographischer Dinte ausgeführt, und auf Stein übertragen ist. H. S.

[Verfahren, eine schön weiße bleifreie Glasur auf Steingutgeschirr herzustellen.] Die rohen Materialien werden gewaschen; der Feldspath muß vorher kalzinirt und fein gepulvert werden. Die Fritte wird gepocht, naß gemahlen und damit die gewöhnlichen rohen Steingutgeschirre auf die bekannte Weise glasirt und dann gebrannt. Dte Vorschrift zu dieser Glasur besteht in 22 Pfd. rohem Borax, 25 Pfd. 18 Loth kalzinirtem Feldspath, 20 Pfd. weißem Sand, 4 Pfd. Porzellanerde, 4 Pfd. 24 Loth rohem Tinkal, 16 Loth gewöhnlich kohlensaurem Natron, 8 Gran Kobaltoxyd. (Kunst- und Gewbl. für d. Königr. Baiern.)

[Bleifreie Glasar für Töpfergeschirre, von L. u. C. Hardtmuth.] Es wird eine Glasur geschmolzen aus: 100 Pfd. Borax, 50 Pfd. Feldspath, 50 Pfd. Lehmerde. Die fertige Glasur wird bis auf 40° Baumé mit Wasser verdünnt und die verglühten Geschirre in die Glasur getaucht, und hierauf in einem guten Töpferofen eingebrannt.
(Verhandl. d. niederöster. Gewerbevereins.)

[Zusammensetzung des Britannia Metall], welches am Rhein, Belgien, England zu Kaffee-, Milch-, Theekannen angewandt wird. Die Legirung hat ein silberähnliches Aussehen und nimmt eine ausgezeichnet schöne Politur an. Nach Dr. Köller besteht die Legirung aus: 85,72 Zinn, 10,39 Antimon, 2,91 Zink, 0,98 Kupfer. S. 100.00. Es kann dargestellt werden durch Zusammenschmelzen von 2 Th. Kupfer, 6 Thl. Zink, 21 Th. Antimon, 175 Thl. Zinn.
(Verh. d. niederösterr. Gewerbevereins.)

[Methode, Eisen, Stahl und Eisenblech zu schweißen.] In einem irdenen Tiegel wird Borax geschmolzen und hierauf $\frac{1}{10}$ Salmiak hinzugesetzt. Die geschmolzene Komposition wird auf eine eiserne Platte ausgegossen und der glasartigen Masse eine gleiche Menge ungelöschter Kalk zugesetzt. Eisen und Stahl, welche geschweißt werden sollen, werden rothglühend gemacht, hierauf der gepulverte Fluß aufgestreut, Die Komposition schmilz und fließt wie Siegellack. Die Stücke werden hierauf wieder ins Feuer gebracht, und weit unter der gewöhnlichen Schweißhitze erhitzt; hierauf herausgenommen und gehämmert zeigen sich die Stücke völlig vereinigt. Beim Zusammenschweißen von Röhren aus Eisenblech soll das Verfahren niemals fehlschlagen. (Elsners Mitth.)

[Günstige Einwirkung der Londoner Ausstellung auf Linnen- und Seidenwaaren-Fabrikation.] Eine erfolgreiche Konkurrenz haben bekanntlich die Engländer in der Linnenfabrikation eröffnet und überflügeln darin, wenn auch nicht an Güte, so doch an Glanz der Ausstattung, die schlesische, hannoverische, rheinische ꝛc. Fabrikation. Erfreulich ist es deshalb, zu erfahren, daß sowohl rheinische als auch schlesische Fabrikanten sich bei Gelegenheit des Besuches der Londoner Industrie-Ausstellung mit den Eigenthümlichkeiten und Mitteln bekannt gemacht haben, durch welche die Engländer besonders auf amerikanischen Märkten den deutschen Linnenprodukten großen Abbruch thun, und daß die gewonnene Einsicht zu Verbesserungen führen wird.

Auch in der Seidenwaarenfabrikation haben die Engländer große Fortschritte gemacht und sich den deutschen und französischen Leistungen sehr genähert. Ein hiesiger Seidenfabrikant hat auf der Ausstellung in London die Musterkarte einer der bedeutendsten englischen Fabriken an sich gebracht, mit welcher eine vorzügliche Dessinzeichnerschule verbunden ist. Diese Musterkarte ist in Umlauf gesetzt uud giebt Veranlassung zu sehr lehrreichen Betrachtungen. (Schw. A.)

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 2. bis 8. November d. J. 12520 Personen und 44169 Rthlr. 22 Sgr. — Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrole.

Mannigfaltiges.

— (St. John, 15. Okt.) In Betreff des letzten Sturmes ging am **11.** d. mit dem Packet von Pr. Edward Island die Nachricht ein, daß 160 Fahrzeuge (Schiffe, Briggs und Schooner) vom nördlichen Cap Malpec an verunglückt sind, zu Richibucto waren zwei Schiffe gestrandet, nämlich ein russisches, welches condemnirt wurde, und ein englisches, welches in den Sand gewühlt sitzt.

— (Basel, 9. Nov.) Sowohl in Graubünden, als im Berner Oberland ist auf den vor einigen Tagen gefallener Frühschnee eine so strenge Kälte gefolgt, daß man seit Menschengedenken einer ähnlichen in dieser Jahreszeit sich nicht zu erinnern weiß. Das vor Kurzem noch so reizende Bödeli (Interlaken) ist unter mehr als fußhohem Schnee begraben, dessen Last so groß ist, daß viele Bäume unter derselben gebrochen sind. — In dem schon mit einer starken Salz- und einer Schwefelquelle bedachten Dorfe Tarasp, im untern Engadin, am rechten Ufer des Inn, hat man noch eine starke eisenhaltige Quelle entdeckt, die sorgfältig gefaßt werden soll. Graubünden hat bis jetzt 20 Bäder, wovon 3 ersten Ranges. Die meisten Bäder hat jedoch Bern, nämlich 53, wovon 5 ersten Ranges, St. Gallen hat 17 Bäder, wovon 1 ersten Ranges, Zürich hat 14 Bäder, Luzern 13, Appenzell 13, Basel 12, Aargau 10, Waadt 9, Solothurn 8, Thurgau 7, Freiburg 7, jeder der übrigen Kantone 2 bis 4 Bäder.

— In Worcester (im Staate Massachusetts) fand am 16. und 17. Okt. ein Frauen-Konvent unter dem Namen: „Women's Rights Convention" statt, der sehr stark besucht war und in welchem von weiblichen Rednern und weiblichen Geistlichen die sonderbarsten Reden über die Rechte der Frauen und allerlei Vorschläge zur Behauptung derselben gemacht wurden, selbst mit einem Bürgerkriege wurde gedroht, wenn die Männer die Rechte der Weiber noch länger beeinträchtigten. Die Grundzüge eines großen allgemeinen Frauen-Bundes wurden vorgelegt und genehmigt und dann die Konvention sine die vertagt.

---

[724]

Bekanntmachung.

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind als an der Cholera erkrankt 3 Personen, daran gestorben keine Person, davon genesen 2 Personen polizeilich gemeldet worden.
Breslau, den 14. November 1851. Königliches Polizei-Präsidium.

[2388]

Schlesier!

Ein mächtiger Kampf, welcher alle Interessen absorbirt und zur nachhaltigen Thätigkeit aufruft, zieht sich gegenwärtig durch sämmtliche Kreise industriellen Strebens. Es ist dies der Kampf gegen die Konkurrenz, die in ihrer Maßlosigkeit Alles zu ersticken droht.

Die Industrie, wenn sie nicht erliegen will, muß daher alle ihre Kräfte aufbieten, um diejenige Höhe in unserer Provinz zu erreichen, deren sie nach den von der Natur selbst gegebenen Bedingungen und den zeitigen Verhältnissen fähig ist.

Aber wie in den tiefen Schachten unserer Provinz unermeßliche Quellen des Reichthums liegen, aus denen Jahrhunderte noch schöpfen werden, so ist auch in der Industrie noch eine reiche Kraft und Lebensfülle verborgen. Es gilt nur, diese herauszuziehen aus ihrem Dunkel!

Der Breslauer Gewerbe-Verein hat die Ueberzeugung erlangt, daß hierzu **Industrie-Ausstellungen** die geeignetsten Mittel sind. Dort nämlich wird der Gewerbetreibende wie der Fabrikinhaber die Resultate seines Strebens der öffentlichen Besprechung, Anerkennung und Belohnung, einer Verbreitung in den weitesten Kreisen theilhaftig sehen; dort wird sich aber auch jeder mit den Fortschritten in den einzelnen Industriezweigen bekannt machen können.

Demgemäß hat der Breslauer Gewerbe-Verein im Einverständniß mit dem Gewerbe-Rath beschlossen:

im Mai des kommenden Jahres am hiesigen Orte

eine schlesische Industrie-Ausstellung von Erzeugnissen aus **allen Zweigen der Industrie**

zu veranstalten. — Zu diesem Zwecke richtet er an alle Industrielle Schlesiens die dringende Bitte: diese Ausstellung mit ihren Erzeugnissen beschicken zu wollen.

Insbesondere bittet er alle industrielle Vereine und Anstalten der Provinz Schlesien, ihn in seinen Bestrebungen mit aller Energie zu unterstützen, um auf diese Weise die gute Sache zu fördern.

Er hofft dies um so mehr, als ihm bereits von mehreren Seiten her die größtmöglichste Unterstützuug in Aussicht gestellt worden ist.

Breslau, im November 1851.

Der Vorstand des Breslauer Gewerbe-Vereins.

[2391] **Maria Tausewald,**
Julius Granier,
Verlobte.
Glaz und Breslau, den 13. November 1851.

[4547] **Todes-Anzeige.**
Heute entschlief nach langen schweren Leiden zu einem bessern Leben unser innigst geliebter Sohn, Schwager und Bruder, Eugen Reymann, im 32. Lebensjahre.
Diese traurige Anzeige widmen, um stille Theilnahme bittend, ihren lieben Verwandten und Freunden:
Ludwig Reymann, kgl. Domainen-Rentmeister, Leopoldine Reymann, geborne Hegner, } Eltern.
Aug. Launer, Kreis-Wundarzt, Louise Reymann, geb. Kosel, } Schwäger.
Camilla Launer, geborne Reymann, Rudolf Reymann, Hugo Reymann, } Geschwister.
Schildberg, den 12. November 1851.

[4554] **Todes-Anzeige.**
Heute Nacht um 11¼ Uhr entschlief unser Sohn Franz, in einem Alter von 4 Jahren und 2 Monaten am Scharlach. Dieses, statt besonderer Meldung, allen Verwandten und Freunden.
Breslau, den 14. November 1851.
Dr. Blümner.
Emma Blümner, geb. Schulze.

Theater-Repertoire.
Sonnabend den 15. Nov. 44ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. **Gastspiel des Herrn und der Frau Knopp-Fehringer,** vom ständischen Theater zu Prag. **„Norma."** Große lyrische Oper in 2 Akten, Musik von Bellini. — Sever, Herr Knopp, als dritte Gastrolle; Norma, Frau Knopp-Fehringer, als vierte Gastrolle.
Sonntag den 16. Novbr. 45ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 5ten Male: **„Ein Prophet,** oder: **Johannes Leiden und Freuden."** Zauberposse mit Gesang und Tanz in vier Aufzügen, mit theilweiser Benutzung eines älteren Stückes, von G. Räder.

Sonntag, am 16. Novbr.
1. Quartett-Matinée
im Saale des Königs von Ungarn, Mittags 11 Uhr. Billets zu allen 3 Matinéen à 1 Thlr. 10 Sgr., zu jeder einzelnen à 20 Sgr., sind in allen Musikalienhandlungen zu haben.
[2369] **A. Blecha,**
Musikdirektor am Theater.

Und soll ich denn ewig schweigen,
Lautlos tragen meinen Schmerz;
Nie Dir meine Liebe zeigen,
Die Du legtest in mein Herz?
Dann, o Welt, zerfall in Trümmer,
Geist entfliehe lebensmüd, —
Mir, Geliebt', entflieh'st Du nimmer,
Dir tönt noch ein letztes Lied.
[4541] Dein vis-à-vis: C. M.

Bescheidene Anfrage in Betreff der Predigerwahl in Bojanowo.
Warum müssen denn die Herren Kandidaten, welche sich um die vakante Predigerstelle in Bojanowo beworben haben, wider allen Brauch so lange auf Antwort und die Zurücksendung ihrer Zeugnisse warten?
[4545] Einer für Viele.

[1945] Meine, über 14,000 Bände zählende **deutsche, französische** und **englische Lese-Bibliothek,** so wie die damit verbundenen **Journal-** und **Bücher-Lese-Zirkel** empfehle ich zur gefälligen Benutzung.
E. Neubourg, Elisabethstr. Nr. 4.

Für Kauf- und Handelsleute
ist in einer volkreichen, an der Eisenbahn und Oder liegenden Kreisstadt Oberschlesiens ein vortheilhaft gelegenes, zu jedem Geschäft geeignetes Handlungs-Lokal sofort zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt auf mündliche Anfragen Herr Tischlermeister **Hübner,** Altbüßerstr. 18.
[4563]

Braunschweiger Mumme und echter **Nordhäuser** ist angekommen im Kaffeehause Gräupnergasse Nr. 8.
[4544] **Louise Schlensog.**

[4551] **Kompagnon-Gesuch.**
Wegen Geschäfts-Vergrößerung wird ein Kompagnon mit einem Kapital von 6 bis 800 Rtl. gesucht. Darauf Reflektirende wollen gefälligst die Adresse unter W. G. 234 poste restante franco Breslau einsenden.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verkaufe des hier an der Leichnams-Mühle Nr. 2 belegenen, auf 9562 Rthl. 14 Sgr. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin
auf den 16. April 1852,
Vormittags 10 Uhr,
in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden die Bäckermeister Christian Wilhelm Häuslerschen Erben hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 13. Sept. 1851.
[663] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[768] **Bekanntmachung.**
Die uns erstattete Anzeige des Müllermeisters Herbig hierselbst, daß ihm bei dem, in der Nacht vom 8. zum 9. September d. J. stattgefundenen Brande der hiesigen Hauptmühle die schlesischen Pfandbriefe: Wiegschütz OS. 8 à 1000 Thlr.; Peltschütz BB. Nr. 11 à 300 Thlr.; Petersheide Borw. 94 NGr. Nr. 9 à 100 Thlr.; Mondschütz LW. Nr. 53 à 100 Thlr.; Muskau G. Nr. 2710 à 100 Thlr. mit verbrannt seien, wird nach § 125 Tit. 51 der Prozeß-Ordnung hiermit bekannt gemacht.
Breslau, am 12. November 1851.
Schlesische General-Landschafts-Direktion.

[769] **Bekanntmachung.**
Der schlesische Pfandbrief Hohen-Friedeberg SJ. Nr. 42 über 100 Rthlr. und die Coupons Nr. 58.999 littr. E bis K — deren Verlust wir unterm 30. Juli d. J. öffentlich bekannt gemacht haben — werden hierdurch wieder für frei kursirend erklärt.
Breslau, am 13. November 1851.
Schlesische General-Landschafts-Direktion.

[742] **Bekanntmachung.**
Höherer Verfügung zu Folge sollen die für das hiesige königl. Garnison-Lazareth erforderlichen Verpflegungs-Bedürfnisse, deren ungefähre Bedarfs-Quantitäten hier unten angegeben sind, für das Jahr 1852 im Wege der Submission resp. Licitation beschafft werden.
Zu diesem Behufe haben wir einen Termin auf
den 17. November d. J.,
Vormittag 9¼ Uhr,
in dem Geschäfts-Lokale des oben genannten Lazareths — Bürgerwerder Nr. 19 — anberaumt, und werden kautionsfähige, qualifizirte Lieferungslustige hierdurch aufgefordert, ihre Lieferungsofferten versiegelt, portofrei und mit dem Vermerk: „Lieferungsanerbietung" versehen, bis zum gedachten Tage an uns einzureichen. An diesem Tage Vormittag 9¼ Uhr werden wir die eingegangenen Lieferungs-Offerten in Gegenwart der erschienenen Lieferungslustigen eröffnen, und falls das Submissions-Verfahren den diesseitigen Erwartungen nicht entsprechen sollte, dasselbe sofort in ein Licitations-Verfahren umwandeln. Der Mindestfordernde bleibt bis Eingang höherer Genehmigung an seine Offerte gebunden. Nachgebote werden nicht angenommen.
Die speziellen Lieferungsbedingungen, welche dem später abzuschließenden Kontrakte zu Grunde gelegt werden, können jederzeit in unserem oben näher bezeichneten Geschäfts-Lokale eingesehen werden und wird nur noch bemerkt, daß jeder Unternehmungslustige im Termine eine Kaution in Staatsschuldscheinen oder schlesischen Pfandbriefen zum Betrage des 10. Theils des ganzjährigen Lieferungs-Quantums zu deponiren hat.

Ohngefähre Bedarfs-Quantitäten für das Jahr 1852:
1. 25,000 Quart Weißbier,
2. 30 Scheffel weiße Bohnen,
3. 350 Quart Kornbranntwein,
4. 50,000 Pfund Brodt,
5. 3000 Pfund Butter,
6. 30 Scheffel Erbsen,
7. 200 Schock Eier,
8. 2000 Pfd. Kalbfleisch,
9. 35,000 Pfd. Rindfleisch,
10. 45 Scheffel Weizengries,
11. 35 Scheffel Graupe, mittelfeine,
12. 20 Scheffel Hafergrütze,
13. 1000 Stück Heringe,
14. 2 Ctr. Kaffe,
15. 2000 Quart Milch,
16. 4 Pfund gebackene Aepfel,
17. 6 Pfund gebackene Kirschen,
18. 1500 Pfund gebackene Pflaumen,
19. 35 Ctr. Reis,
20. 10 Pfund Sago,
21. 20,000 Pfd. Semmel,
22. 3000 Pfd. Weizenmehl,
23. 300 Quart Rothwein,
24. 300 Quart Franzwein,
25. 30 Quart Weinessig,
26. 400 Stück Citronen,
27. 800 Pfund Zucker.
Breslau, den 5. November 1851.
Königl. Lazareth-Kommission.

[662] **Nothwendiger Verkauf.**
Königliches Kreisgericht zu Pleschen.
Die in dem Dorfe Kozia Wolica bei Neustadt a. W. belegene, den minorennen Wilhelm Friedrich Richard und Emma Ludowika, Geschwistern Zinke, gehörige Mühle, Roch genannt, bestehend aus einer Wassermühle, einer Oelmühle, einer Windmühle, aus Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, und 178 Morgen 39 □-Ruthen Acker und Wiesen, abgeschätzt auf 7494 Rtl. 3 Sgr. 4 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll
am 21. April 1852,
Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle vor dem Herrn Kreisrichter Witholz hier subhastirt werden. Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.
Pleschen, den 21. Juli 1851.
Erste Abtheilung für Civilprozeßsachen.

[770] **Holz-Verkauf.**
Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der auf der königl. Ablage zu Jeltsch vorräthigen Klafterhölzer, bestehend in:
circa 408 Klft. Eichen-Scheitholz,
„ 30 „ Buchen-Scheitholz,
„ 134 „ Birken-Scheit- und Astholz,
„ 257 „ Erlen-Scheitholz,
„ 39 „ Linden-Scheitholz,
„ 812 „ Kiefern-Scheitholz,
„ 266 „ Fichten-Scheitholz,
ist ein Termin auf **Montag den 24. November d. J.** von früh 10 bis 12 Uhr im Ablagewärter-Etablissement zu Jeltsch anberaumt, zu welchem Käufer eingeladen werden.
Bemerkt wird hierbei nur, daß der Zuschlag sofort ertheilt wird, sobald die Taxe erreicht oder überschritten ist und daß das erstandene Holz, welches in Partien ausgeboten wird, alsbald an den anwesenden Rendanten bezahlt werden muß.
Scheidelwitz, den 13. November 1851.
Königliche Forstverwaltung.
v. Moß, im Auftrage.

[622] **Proclama.**
Johann Leopold Schober in Waltersdorf, hiesigen Kreises geboren, Sohn erster Ehe des im Jahr 1825 zu Reuthau verstorbenen Müllermeisters Balthasar Leopold Schober, welcher bis zum Jahr 1797 als Trompeter beim Dragoner-Regiment von Schmettau, später in österreichischen und hannoverschen Diensten gestanden, und im Jahr 1814 in Plymouth gewesen sein soll, und dessen Vermögen in 183 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. besteht, oder dessen etwaige Erben, werden hiermit aufgefordert, innerhalb 9 Monaten, spätestens aber am
8. Juli 1852 Vormitt. 10 Uhr
vor dem Deputirten Herrn Kreis-Richter von Prittwitz im hiesigen Gerichtslokale von ihrem Leben und Aufenthalt Nachricht zu geben, widrigenfalls er für todt erklärt und sein Vermögen an seine sich legitimirenden hiesigen nächsten Verwandten und Erben ausgeantwortet werden wird.
Sprottau, den 27. Juni 1851.
Königliches Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.
von Reder.

[2358] Eine Eisenwaaren-Fabrik und Handlung in Rheinpreußen **sucht einen Provisions-Reisenden** für die Provinzen Schlesien, Preußen und Posen.
Der Verkauf kann aber nur an tüchtige Reisende übertragen werden, die mit dem Eisen-Waaren-Geschäft hinlänglich vertraut sind und sich durch gute Zeugnisse in Bezug auf Kenntnisse und Aufführung ausweisen können.
Herr **J. A. Franck** in Breslau wird die Güte haben, frankirte Adressen anzunehmen.

[1487] **8000 Rthlr.**
in einer ganz sichern Hypothek
sind zu verkaufen und werden Staatsschuldscheine pari dafür angenommen. Näheres Bischofstr. Nr. 3, 2 Stiegen hoch, zu erfahren.

[4556] **Preßhefe**
von Dürsthoff in Dresden ist täglich frisch zu haben bei **C. G. Ossig,**
Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7.

[4548] **Für Tapezirer.**
Verkupferten Sprungfederdraht von ausgezeichneter Federkraft empfiehlt den Ring für 26 Sgr.: **Carl Schlawe,**
Eisenhandlung, Reuschestraße 68.

[4561] **Neu** und **vorzüglich** empfiehlt
ungarisch. Magenbitter
der Braunschweiger Keller,
Ohlauerstraße 5 und 6, zur Hoffnung.

[4549] **Ein Flügel und ein Klavier,**
in bestem Zustande, verkauft billig:
Lüdicke, kleine Groschengasse Nr. 4.

[4564] **Offener Kantor- und Lehrer-Posten.**
Ein verheiratheter Kantor und Religionslehrer jüdischen Glaubens, der gleichzeitig im Stande ist, Knaben für die mittleren Klassen des Gymnasiums vorzubereiten, findet zu Weihnachten d. J. hier ein Unterkommen. Der feste Gehalt beträgt außer einer Wohnungs-Entschädigung jährlich 300 Thlr. Qualifikationsfähige Bewerber belieben sich unter portofreier Einsendung ihrer Zeugnisse an den unterzeichneten Vorstand zu wenden.
Namslau, den 11. November 1851.
Der Vorstand der israelitischen Gemeinde.

[4557] **Wintergarten.**
Morgen Sonntag: **Großes Konzert der Breslauer Musik-Gesellschaft,** unter Direktion des Hrn. Jakoby Alexander. Entree für Herren 2½ Sgr., Damen 1 Sgr.

Restaurations-Eröffnung
und
großes Horn-Konzert.
Einem hochzuverehrenden Publikum und allen meinen werthen Gönnern widme ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen Tage die am **Königsplatz Nr. 3** belegene **Restauration, Wein- und Baiersche Bierhalle** eröffne, und werde ich es mir zur größten Pflicht machen, für die besten Speisen und Getränke wie auch für untadelhafte Bedienung Sorge zu tragen.
[4555] **A. Mantel.**

[4562] Heute Abend 7 Uhr
findet **ein schönes Konzert** statt.
Der Braunschweig. Keller,
Ohlauer Straße Nr. 5/6 z. Hoffnung.

[4552] **Zur Tanzmusik,**
Sonntag den 16. Novbr., und **zur Kirmes,** Mittwoch den 19. und Donnerstag den 20. Nov., ladet ergebenst ein: **Seiffert** in Rosenthal.

[2389] **Verkaufs-Anzeige.**
I. Ein Dominium von 750 Morgen in vorzüglicher Gegend, Mittelschlesiens soll eingetretener Verhältnisse wegen zu einem sehr soliden Preise verkauft werden.
II. ist eine privilegirte Apotheke à 15000 Thlr. mit einer Einzahlung von 5—6000 Thlr., einige Meilen von hier gelegen, zum Verkauf nachzuweisen von dem Auktions-Kommissarius **Saul** im alten Rathhause.

[2390]
Ital. Makaroni,
„ Fadennudeln,
„ Façonnudeln
bei Lehmann u. Lange,
Ohlauerstr. 4, im goldnen Löwen.

Engl. Frucht-Bonbon, 18 Sgr.
Schleimlösende Bonbon, 12 Sgr.
Malz-Bonbon, 10 Sgr.
Malz-Syrup, in Fl. zu 2½ u. 5 Sgr.
Brüsseler Husten-Tabletten, die Schachtel 4 Sgr.
[2382] **S. G. Schwartz,** Ohlauerstr. 21.

Dresdner Malzbonbons
à Pfd. 10 Sgr., 20 Pfd. 6 Rthl.,
¼ Ctr. 15 Rthl.
Brust-Thee-Bonbons
à Carton 4 Sgr.,
1 Dutzend Cart. 1 Rthl. 6 Sgr.,
Brust-Caramellen
à Carton 3 Sgr., 12 Cart. 1 Rthl.
empfiehlt für Husten- und Brustleidende:
Eduard Groß,
[2384] am Neumarkt 42.

[2148] In Folge getroffener Uebereinkunft mit den Besitzern eines neu entstandenen Austernparks sind wir in den Stand gesetzt,
engl. Native-Austern
in frischester Qualität und zu den billigsten Preisen zu liefern. Die Verpackung der Austern kann nach Wunsch in ½, ¼, ⅛ oder ⅟₁₆ Tonnen geschehen, und ertheilen wir auf portofreie Anfragen gern jede nähere Auskunft.
Köln, den 29. Oktober 1851.
G. Bettger und Comp.

[4546] Eine Freistelle mit 24 Morgen Acker, unweit Breslau ist zu verkaufen. Das Nähere Ritterplatz Nr. 10, 1 Stiege.

[2387] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.

Gutsbes. Mätzke a. Gebhardsdorf. Gutsbes. Graf v. Pellet-Narbonne a. Strachwitz. Gutsbes. von Helldorff aus Westfalen. Fabrikbes. Henneberg aus Gotha. Oberamtm. Braune a. Grögersdorf. Lieut. Röhl aus Glaz. Kaufm. Rosenthal aus Warschau. Oberamtm. Langner aus Oberschlesien.

13. u. 14. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdruck b. 0°	27"11''',35	27"9''',08	27"6''',97
Luftwärme	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,9
Thaupunkt	+ 1,8	+ 0,1	0,0
Dunstsättigung	91pCt.	79pCt.	71pCt.
Wind	W	SW	W
Wetter	trübe	trübe	überwölkt
Wärme der Oder		+ 3,2	

Markt-Preise.

Breslau am 14. November 1851

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	73	68	64	56	Sgr
Gelber dito	71	68	65	58	.
Roggen . . .	60	58	55	52	.
Gerste	47	46	44	42	.
Hafer	29	28	27	26	.
Raps	80	78	74	70	.
Sommer-Rübsen	60	58	55	52	.
Spiritus . .	11 7/12 Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Börsenberichte.

Breslau, 14. November. Geld- und Fonds-Course. Holländische Rand-Dukaten 95½ Br., Kaiserliche Dukaten 95½ Br. Friedrichsd'or 113⅔ Br. Louisd'or 109 5/12 Gld. Polnische Bank-Billets 94¾ Gld. Oesterreichische Banknoten 81¼ Br. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 103 Br. Neue Preußische Anleihe 4½% 103½ Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88 7/12 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 122½ Br. Preußische Bank-Antheile — — Breslauer Stadt-Obligationen 4% 100½ Br. Breslauer Kämmerei-Obligationen 4½% 102½ Br., dto. 4¼% 100½ Br., Breslauer Gerechtigkeits-Obligationen 4½% — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 103 5/12 Br., neue 3½% 94¼ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 96 5/12 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 103 7/12 Br., Litt. B. 4% 103 1/12 Br., 3½ 95¾ Gl. Rentenbriefe 99 1/12 Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 94⅔ Gl., neue 94⅔ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 300 Fl. 4% — — Polnische Schatz-Obligationen 4% — — Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Polnische Anleihe dito à 200 Fl. — — Kurhessische Prämien-Scheine à 40 Rtlr. — — Badische Loose à 35 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 74¼ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 130¼ Gld., Litt. B. 3½% 119¼ Gl., Priorität 4% 97⅓ Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 77½ Br., Priorität 4% — — Niederschlesisch-Märk. 3½% 91¾ Br., Priorität 4% — — Priorität Ser. 4½% 101½ Br. Priorität 5% Ser. III. 101½ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberger) 4% — — Neisse-Brieger 4% 52 5/12 Gl. Köln-Mindener 3½% — — Priorität 5% II. Emiss. 104½ Br. Sächsisch-Schlesische 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 32¼ Br. Posen-Stargard 3½% —

Berlin, 13. November. Die Stimmung war sehr fest und günstig, doch das Geschäft nicht sehr lebhaft und in den Coursen wenig verändert.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 105¾ à ⅞ bez., Priorität 4½% 102⅜ bez., 5% 103¾ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 77½ bez. und Gld., Priorität 4% 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 31⅞ bez., Priorität 5% 98½ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 91½ Br., Priorität 4% 97¼ bez., 4½% 101 bez., Priorität 5% Serie III. 101 Gld., Priorität Serie IV. 5% 103 bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 30 Gld., 4½% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 129¾ à 30 bez. und Br., Litt. B. 3½% 119½ à ¾ bez. Rheinische 61¼ bez. und Gld. Stargard-Posen 81¾ bez. und Br. Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 102⅜ bez. Staats-Anleihe 1850 4½% 103 bez. und Br. Staats-Schuld-Scheine 88⅜ Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine 120½ Br. Posener Pfandbriefe 4% 102¾ Gld., 3½% 94 Gld. Preußische Bank-Antheil-Scheine 96¼ à 96⅜ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% — — neue 4½% 95 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 83½ bez. und Gld., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 13. November. Fonds waren sehr fest, im Ganzen aber wenig verändert. Bankaktien und vorzüglich Dampfschiffaktien waren höher begehrt und fehlte es in letztern an Abgebern. Nordbahnaktien anfangs bis 152¾ gemacht, gingen auf starke Realisirungen bis 151⅞ zurück, um zur Notiz zu schließen. Komptanten und Wechsel haben sich bei sehr beschränktem Umsatz zum Theil etwas besser gestellt.

5% Metalliques 92¾, 4½% 82⅜; Nordbahn 152⅓; Hamburg 2 Monat 185½; London 3 Monat 12. 30.; Silber 25.

[Telegraphische Course.] **Berlin,** 14. November. Staats-Schuld-Scheine 88⅜. Freiw. Anleihe 5% 102½, neue dito 4½% 103. Krakauer Obligate 77½. Rentenbriefe 98¾. Märkische Stamm. 91½. Nordbahn 31⅝. Oberschles. Aktien 130. Posener 3½% Pfdbrf. 94.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.